

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 12. Juni. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: dem Direktor der Blinden-Anstalt zu Hannover, Dr. Klemming, den Roten Adlerorden vierter Klasse, dem Amtmann a. D. Davids zu Schleswig, dem Dr. philol. Lucanus zu Halberstadt und dem Graveur en chef der königlich belgischen Staats-Münze in Brüssel, Wiener, den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Bundarzt und Geburtshelfer Röttger zu Pommern den Kreis Halberstadt den königlichen Kronenorden vierter Klasse, sowie dem Schullehrer Gaertner zu Groß-Potemmel im Kreise Vorpommern das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Politik und Kirche.

Unsere Leser werden aus den Erklärungen der Orthodoxen gegen die Vertreter der wissenschaftlichen Weltanschauung den Eindruck gewonnen haben, als ob sie einen wesentlichen Unterschied zwischen der Wissenschaft und der Religion zu erkennen gäben. Sie erlauben uns z. B. über die Natur und Entstehung unseres Planeten unsere eignen, auf die Wissenschaft gestützten Ansichten zu haben, aber wir dürfen sie nicht aussprechen, sobald sie der alttestamentarischen Anschauung widerstreiten; es ist ja möglich, daß die modernen Systeme, wie so vieles, was menschliches Wissen geschaffen, im Laufe der Zeit wieder zusammenstürzen und die biblische Anschauungsweise neue Triumphe feiern; der gläubige Christ hat daher seine Sprache gefangen zu geben unter den Buchstaben der Schrift, selbst wenn der Geist sich nicht unter ihn beugen lassen, oder mit einem vulgären Wort ausgedrückt: Glaube, was du willst, aber bekenne, was du sollst. Hiermit kommen wir ganz auf den katholischen Standpunkt, auf welchem der Glaube frei, das Bekenntnis aber unter Disciplin steht. In der katholischen Kirche finden sich daher alle Glaubensrichtungen vertreten, aber das Bekenntnis ist eins; der draußen stehende ahnt kaum die gewaltige Kluft, welche die Bekenner derselben Lehren innerlich von einander scheidet. Der Atheismus macht der kirchlichen Ceremonie gegenüber wohl dasselbe fromme Gesicht, wie die Bigotterie.

Daß in diesem Zwiespalt zwischen Glauben und Bekenntnis der allmähliche Ruin der katholischen Kirche liegt, bedarf nicht erst der Ausführung; die Gefahr wird immer größer, je mehr die Geistlichkeit für die Aufrechterhaltung der hierarchischen Auffassungen, welche im modernen Leben keinen Boden mehr finden können, gedrückt wird.

Soll nun dieser Zustand auch in die evangelische Kirche hinübergetragen werden? soll es auch in ihr dahin kommen, daß Verkünder des Wortes in der Stille selbst belächeln, was sie von der Kanzel dem Volke als ewige Wahrheit predigen? soll in ihr die Heuchelei etwa heilig gesprochen werden?

Wir haben schon gestern gesagt, die Orthodoxen wagen selbst nicht, sich gegen das Kopernikus'sche Weltssystem auszusprechen, im Gegentheil, sie thun, als ob sie dessen Anhänger wären, dabei verhehlen sie aber rücksichtslos Alles, die sich offen dafür aussprechen, indem sie der Welt einzureden suchen, die wissenschaftliche Anschauungsweise lasse sich mit der alttestamentarischen in Einklang bringen. Wir kennen aber schon die gescheiterten Interpretationen, deren man sich bedient, um die Anschauungen der mosaischen Genesis vor den Ergebnissen der Wissenschaft zu retten. Sie sind von einer Art, daß sie wenig beweisen und viel Verwirrung in schwachen Köpfen anrichten. Was ist z. B. damit gewonnen, wenn ein Theologe, der sich schon ein wenig der wissenschaftlichen Forschung zuwendet, annimmt, die Welt sei nicht in sieben Tagen geschaffen, sondern Tage bedeuten in der Sprache der Schrift Perioden, und doch die ganze kindliche Auffassung der mosaischen Tradition bestehen läßt?

Die Hauptsache bleibt dabei doch, daß die Orthodoxie das materielle Wunder nicht aufgibt, und darin liegt die wesentliche Differenz zwischen ihr und der Wissenschaft. Der Streit zwischen der unmittelbaren prüfungslosen Annahme des Wunders und dem Postulat des freien Denkens, daselbe auf natürliche Weise zu erklären, ist ein so tief gehender, daß bis zu seiner Entscheidung noch viel Zeit vergehen wird; im übrigen mag er zunächst auf dem rein theologischen Gebiet ausgekämpft werden, die Tagespresse hat nur insoweit Notiz von ihm zu nehmen, als irgend ein praktisches Resultat aus der Diskussion herauszuschlagen ist.

Ein solches Resultat zu gewinnen war das Berliner Laienthum, sobald die Kontroverse Knaß gegen Kopernikus ausbrach, auch so leicht bereit. Daß ein solches für die verbesserte Stellung der Schule zur Kirche zu verwerthen sein wird, liegt auf der Hand. Es darf nicht dahin kommen, daß eine kirchliche Partei, welche die Resultate der Wissenschaft entweder ganz verwirft, oder sich doch nicht offen zu ihnen bekennen will, mit ihrem Versuch, die Schule, als Pfliegerin der Wissenschaft zu dominieren, durchdringe. An diesem Punkt gewinnt der Streit ein unmittelbar praktisches Interesse und hier hat ihn auch die Tagespresse aufzunehmen.

Was uns betrifft, so möchten wir die Frage, wenigstens vorläufig, noch nicht in ihrer Allgemeinheit behandeln, sondern für dieses Mal nur auf einen Punkt verweisen, nämlich auf die Behandlung des alten Testaments im Religionsunterrichte der niederen Schulen.

Es würde nach unserer Meinung für diesen Unterricht von großem Werthe sein, wenn die Beschäftigung mit den Schriften des alten Testaments auf das richtige Maas zurückgeführt würde. Das alte Testament ist es ja eben, das in vielen seiner Stellen dem modernen Gefühl und der modernen Wissenschaft widerspricht. Aus ihm, nicht aus dem neuen Testament entspringt der Konflikt zwischen Wissenschaft und Tradition. Der Nutzen, den die Jugend

aus der genaueren Bekanntschaft mit den fünf Büchern Moses haben soll, leuchtet uns nicht ein. Ein spezielleres Studium der historischen Bücher ist ebenfalls nicht gerechtfertigt; denn die politische Geschichte des Judenthums ist für unsere Schule nicht von größerer Bedeutung, als die anderer Völker des Alterthums, das Haupt-Interesse dieser Geschichte liegt in ihrer kulturhistorischen Seite, welche zur Zeit noch nicht Gegenstand des Unterrichts in unseren niederen Schulen geworden ist. Die prophetischen Bücher erregen mehr die Phantasie des Schülers, als sie den Geist sättigen, und die moralisirenden Schriften des alten Testaments stehen nimmermehr auf gleicher Stufe mit denen des Neuen. Uns scheint daher neben einem dürftigen Auszuge aus der Geschichte des Judenthums das neue Testament allein der Schule nicht nur vollständig genügen, sondern auch den Unterricht von seiner bisherigen schweren Verwirrung befreien zu können. Der alte Satz, das neue Testament fuße auf dem alten, ist unrichtig. Christus und seine Apostel lehrten eine Weltreligion, nachdem sie sich mit allen Ergebnissen des Denkens, welche die morgenländische, die griechische und lateinische Welt bis dahin aufgebracht, erfüllt hatten. Die christliche Lehre steht in keinem Zusammenhang mit irgend einer Nationalität; soll in unseren Schulen das alte Testament als ein Theil der göttlichen Offenbarung gelten, so müssen neben ihm die Beden und die Schriften des Konfucius den gleichen Anspruch erheben. Da wir aber unsere Schule mit einem so umfassenden Material nicht beschweren dürfen, so ist es sicher vorzuziehen, sie beschränke sich auf die genaue Kenntniß des neuen Testaments und behandle die Religionen des Alterthums nur beiläufig, dann wird der Religionsunterricht von wahrem Nutzen sein und sich die Ursache zahlreicher Konflikte heben.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 12. Juni. Während die gesamte nationalgesinnte Presse Deutschlands, ja selbst die Presse des Auslandes, namentlich die englische, mit warmer Theilnahme die Krankheit des Grafen Bismarck bespricht, giebt es in Deutschland gewisse Organe der sogenannten Volkspartei, welche mit mehr oder weniger verhüllter Schadenfreude die Nachricht von der Erkrankung des Bundeskanzlers begrüßen und in ihren weiteren Mittheilungen darüber alle Gesetze des Anstandes, wenn sie diese je gekannt haben, bei Seite setzen. So wünscht der Stuttgarter „Beobachter“ mit boshafter Ironie dem Grafen glückliche Besserung, und der Frankfurter „Beobachter“, der aus dem „Verschwinden des Grafen Bismarck vom politischen Schauplatz“ für Preußen unendliche Schwierigkeiten erwachsen sieht, hat „keine Ursache zu wünschen, daß der preussische Politik diese Lage erleichtert werde“, setzt also seine Hoffnung auf die andauernde Krankheit des Bundeskanzlers. Am weitesten aber gehen die sächsischen Organe, das Dresdener „Bulletin international“ und die „Sächsische Zeitung“, die beide für Geld aus Hiesig die Aufgabe verfolgen, die nationale Entwicklung Deutschlands zu bekämpfen und das Vaterland an Frankreich zu verrathen. Das erstgenannte Organ schreibt — und die „Sächsische Zeitung“ beiläufig, es ins Deutsche zu übertragen und so für die Verbreitung zu sorgen: Graf Bismarck leide an Ueberspannung des Nervensystems und in Folge dessen, gleich seinem politischen Vorgänger vonadowitz, an Schlaflosigkeit. Um sich zu betäuben, sei er gezwungen, gegen Abend eine starke Dosis Rum zu sich zu nehmen; dies habe wohl eine Zeit lang geholfen, aber schließlich zu demjenigen Zustande geführt, den der Alkohol in großen Dosen jederzeit auf den menschlichen Körper übe, allgemeine Abspannung und Schwäche, Nervenzittern und Alterirung der Geisteskräfte!

Die Regierung für die Elbherzogthümer wird ebenso wie die der Regierungen der alten Provinzen aus drei Abtheilungen bestehen.

Die von der „N. Pr. Z.“ gebrachte und in andere Zeitungen übergegangene Notiz, daß die Oberpostdirektionen zu Aachen und Danzig mit den in Köln und Marienwerder bestehenden, ebenso die Oberpostämter in Hamburg und Lübeck mit dem holsteinischen und das Oberpostamt in Bremen mit der Oberpostdirektion in Oldenburg vereinigt werden würden, entbehrt der Begründung. Dagegen ist es richtig und zur Kenntniß des Reichstages gebracht, daß die Vereinigung des Geschäftsbereiches der Oberpostdirektion in Stralsund mit der Oberpostdirektion in Stettin zum 1. Juli d. J. bevorsteht.

Se. Maj. der König reist am Montag nach Schloß Fürstentstein in Schlesien. Die Abfahrt erfolgt Morgens 8 Uhr per Expreszug über Lübben, Lübbenau, Rottbus, Spremberg, Görlitz, Lauban, Girsberg, Dittersbach, Liebigau u. Der König reist in Uniform; Empfang und Begleitung findet nicht statt. Die Rückkehr nach Berlin erfolgt am Dienstag Abends auf demselben Wege.

Die preussische Regierung hat dem Vernehmen nach auf das Ansuchen des russischen Militär-Gouvernements zum Zwecke der dortigen Artilleriebewaffnung die Genehmigung erteilt zur Anfertigung einer umfangreichen Bestellung an gezogenen Stahlfabrikaten verschiedener Kaliber mit Hinterladern in dem Krupp'schen Etablissement in Essen. Hiermit im Zusammenhange, bezeichnet man den zeitigen Aufenthalt des Herrn Krupp in Petersburg. Die überraschenden Erfolge des Feldzuges von 1866 haben bekanntlich Rußland jetzt dahin bestimmt, seine Artillerie künftig nach preussischem Vorbilde auszurüsten.

Die uralte Sitte des Glöckens als Mahnung zum Gebet, oder das Anschlagende des Glöckens, zweimal dreimal täglich (am Morgen, Mittag und Abend) findet sich in den meisten evangelischen Ländern allgemein verbreitet und in Preußen auch noch an mehreren Orten, während sie im Ganzen, besonders in den Städten, fast vollständig außer Übung gekommen

ist. Aus diesem Grunde ist von mehreren Gemeinden der Monarchie an die Konfessionen petitionirt und von diesen wieder eine Aufforderung erlassen worden, sie an den betreffenden Orten, wo sie nicht geübt wird, wiederherzustellen. Die betreffenden Regierungen haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, Anträge auf eine entsprechende Entschädigung für die mit dem täglichen Anschlagen der Glöcke verbundene geringe Mühe, da, wo es die vorhandenen Geldmittel der Kirchen königl. Patronats gestatten, zu genehmigen. In denjenigen Kirchspielen, deren Rassen dazu keine ausreichenden Geldmittel darbieten, sollen auf anderem Wege die erforderlichen Mittel gesucht werden, deren Auffindung bei dem kirchlichen Sinne der Gläubigen keine Schwierigkeiten darbieten würde.

Durch königl. Kabinettsordre ist genehmigt, daß diejenigen Husaren-Regimenter, welche es wünschen, statt der wollenen Kioletten solche von Metall, von der Farbe der Schnüre und Knebel, an den Attilas tragen dürfen.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde einstimmig beschlossen, der Petition, welche von der im Köllnischen Rathhause am Sonntag abgehaltenen Versammlung in Folge der bekannten Beschlüsse der Friedrichs-Werderschen Kreissynode an den Magistrat gerichtete wurde, beizutreten und sie befürwortend dem Magistrat zu übergeben.

In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung berichtete u. A. Prof. Gneist über die Petition von 156 Bürgern gegen die in der Friedrich-Werderschen Synode von den Geistlichen Knaß und Genossen auf die Person des Predigers Böck und seine Gesinnungsgenossen gemachten Angriffe und gegen die von jenen Männern vertretene Grundanschauung. Die Petenten bitten den Magistrat:

1) als Patron Berliner Kirchen ihren angegriffenen wohlverdienten Predigern zur Seite zu stehen und sich in der Wahl freigesinnter Männer zum Predigamt nicht irre machen zu lassen; 2) dahin zu wirken, daß der evangelischen Gemeinde statt der gegenwärtigen Scheinvertretung eine würdige Stellung in der Verfassung der evangelischen Kirche eingeräumt werde; 3) bei der Organisation des städtischen Schulwesens dem Uebergreifen geistlichen Einflusses einen Riegel vorzuschieben.

Der Referent stellt den Antrag, die Petition dem Magistrat unter Befürwortung derselben zu überweisen. Stadtverordneter Dr. Bösch kritisiert in scharfer Weise das Bestreben der Orthodoxie die Welt wieder in die Zeiten des finstern Aberglaubens zurückzuverlegen. Gegen dieses Bestreben müsse der Kampf mit derselben geführt werden, gleichgültig, ob auf jener Seite die Macht liege oder nicht. Der Antrag des Referenten wurde mit großer Majorität angenommen.

Die Erklärung, welche die eben hier tagende Pastoral-Konferenz gegen den Protestantischen Verein, der kürzlich in Bremen versammelt war, erlassen hat, lautet:

„Die öffentlichen Blätter beschäftigen sich seit einiger Zeit mit der sogenannten kirchlichen Frage. Sie haben der durch den Protestantischen Verein und seine Zweigvereine gegen unsere Kirche hervorgerufenen Bewegung, für und wider Partei nehmend, ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Dabei handelt es sich darum, daß die Kirche gezwungen werden soll, die ihrem Glauben gerade entgegengesetzten Lehren des Unglaubens dieser Tage in ihrer Mitte als zu Recht bestehend anzuerkennen. Die gegenwärtig versammelte Berliner Pastoral-Konferenz sieht sich hierdurch veranlaßt, folgendes zu erklären: Wir glauben und bekennen mit den Kirchen der Reformation, daß die heil. Schrift alten und neuen Testaments das Wort Gottes und als solches alleinige Quelle und Richtschnur unseres Glaubens und Lebens ist. Fragen wir den Protestantischen Verein: glaubst du das? so muß er ehrlicher Weise antworten: nein! Denn er erklärt in seiner Mitte „jede Anschauung über das Wesen der Offenbarung Gottes und die Entstehung der heiligen Schrift für berechtigt, welche im Laufe der geschichtlichen Entwicklung sich wissenschaftlich herausgebildet hat und in der Ueberzeugung des christlichen Gewissens Boden findet.“ Wir glauben mit der gesamten Christenheit auf Erden an Gott, den Allmächtigen, Schöpfer Himmels und der Erden, an den Gott, der Wunder thut. Fragen wir den Protestantischen Verein: glaubst du das? so muß er ehrlicher Weise antworten: nein! Denn nach seiner Meinung haben „die Naturwissenschaften das Weltbild der biblischen Schriftsteller durch ein anderes ersetzt, in welchem für das die Weltgeschichte durchbrechende Wunder keine Stelle blieb.“ Das Wunder zu läugnen ist aber dem nur möglich, in welchem der Glaube an einen persönlichen Gott, der Wunder thut, nicht mehr lebendig ist. Wir glauben mit der gesamten Christenheit auf Erden an Jesus Christus, wahrhaftigen Gott, vom Vater in Ewigkeit geboren, und auch wahrhaftigen Menschen, von der Jungfrau Maria geboren, den Gekreuzigten und Auferstandenen, unseren Versöhner und Erlöser. Fragen wir den Protestantischen Verein: glaubst du das? so muß er ehrlicher Weise sagen: nein! Denn „er befindet sich nicht in der Lage, über die Person und die Bedeutung des historischen Christus eine gemeinsame Auffassung fundieren zu können.“ Nur darin scheint er einig zu sein, daß Christus jedenfalls nicht wahrhaftiger Gott, nicht gleichen Wesens mit dem Vater ist, daß ihm vielmehr nur „eine so oder so ausgebräute Einigkeit und religiös fittliche Herrlichkeit“ zukomme. Wir glauben mit der gesamten Christenheit auf Erden an den heiligen Geist, gleichen Wesens mit dem Vater und dem Sohne, der uns beruht, sammlet, erleuchtet und heiligt. Fragen wir den Protestantischen Verein: glaubst du das? so muß er ehrlicher Weise wiederum antworten: nein! Denn er kennt keinen heiligen Geist aus Gott als die dritte Person der heiligen Dreieinigkeit, sondern nur den Geist der Gemeinde. Wir glauben an eine heilige, allgemeine, christliche Kirche, die auf Christus gegründet, durch Wort und Sacrament gesammelt, durch Amt und Regiment verfaßt, Gemeinschaft der Gläubigen; an eine Heilsanstalt, die göttlicher Stiftung ist. Fragen wir den Protestantischen Verein: glaubst du das? so muß er ehrlicher Weise auch hierauf antworten, nein! Denn er verlangt für die Majorität der Gemeinde das Recht, sich nach ihrem Ermessen von unten nach oben eine Kirche zu erbauen und zu bestimmen, was in ihr als gemeinsame Ueberzeugung gelehrt und geglaubt werden soll. Hiernach haben die Mitglieder des Protestantischen Vereins sammt ihrem Anhang mit unserer evangelischen Kirche und ihrem Bekenntnisse thatsächlich gebrochen und den Glauben verlassen, auf den auch sie getauft sind, den sie in ihrer Konfirmation vor der Gemeinde bekannt, den lauter und rein zu verhängen, auch die Geistlichen in ihrer Mitte sich durch ihre Ordination verpflichtet haben. Wir bestreiten ihnen daher das Recht, welches sie für sich in Anspruch nehmen, ihren Unglauben in Kirche und Schule unbehindert lehren zu dürfen. Denn die Kirche kann wohl schwache und irrende Glieder mit Geduld und Nachsicht tragen; fordert aber der Unglaube, als gleichberechtigt mit dem Glauben anerkannt zu werden, so müssen wir eine solche Zunahme mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wenn nun der Protestantische Verein für dieses vermeintliche Recht in der Kirche sich auf die Union beruft, so erklären wir, daß dies ein Mißbrauch des Namens der Union und ein Widerspruch gegen Sinn und Absicht ihres Stifter Friedrich Wilhelm III. ist. Denn die Union vereinigt nur diejenigen, die sich vor Allem zu den auch in der Abende ausgenommenen Bekenntnissen der gesamten Christenheit bekennen. Hat nun der Protestantische Verein sich von diesem Bekenntnisgrunde losgesagt, so hat er sich damit von der Union selbst ausgeschlossen, und hat kein Recht, seinen widerkirchlichen Bestrebungen Eingang zu verschaffen, durch das Vorgeben, daß er die Union befördere. Und wenn ferner der Protestantische Verein behauptet, daß der Glaube der Kirche durch die Wissenschaft unseres Jahrhun-

berts unvereinbar sei, so sprechen wir es als unsere wohlbegründete Ansicht aus, daß alle von der Wissenschaft — der Geographie und Archäologie, Physik und Astronomie — wirklich erwiesenen Thatsachen mit der heiligen Schrift in keinem Widerspruch stehen. Die durch bloße Folgerungen aus jenen Thatsachen aufgetriebenen wissenschaftlichen Systeme dagegen, welche sich gegenseitig bekämpfen und im raschen Wechsel einander verdrängen, lassen die unwandelbaren Grundlagen unseres Glaubens völlig unberührt. Wir bitten und ermahnen daher die Glieder der Gemeinden, daß sie bei der gegenwärtig hervorgerufenen Agitation und dem entbrannten Streite, in welchem der Unglaube dieser Tage gegen den Heils unseres Heils anläuft, sich nicht um die rechte Mächtigkeit des Geistes, nicht um den Frieden ihres Herzens, nicht um den Trost ihrer Hoffnung bringen lassen. Denn es ist in keinem anderen Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, darinnen wir sollen selig werden, denn allein der Name Jesu Christi.

Die Wochenschrift der bayerischen Fortschrittspartei kommt auf den sog. Reichenschafterbericht der Süddeutschen Fraktion des Zollparlamentes zurück. Sie sagt darüber u. A.: „Wir halten uns an den ersten Theil: an das Postulat einer „entschieden freisinnigen Politik“. Dieses Programm ist, um nur einige Namen zu nennen, auf württembergischer Seite von den Abgeordneten Desterlen, Probst und Tafel, auf bayerischer von den Reichsräthen Baron Thüngen, Frankenstein, Zu Rhein, Aretin und Graf Arco-Valley unterzeichnet. Die Ersteren zählen sich zur ungeschälten muster-gültigen Demokratie, die Letzteren stehen in der ultrakonservativen Körperschaft, welcher sie angehören, auf der rechten Seite! Als kürzlich in dieser Kammer (bayerische Reichsrathskammer) die Befreiung der Pressgewerbe vom Konzessionszwang zur Abstimmung kam, erklärten sich vier von den fünf unterzeichneten Reichsräthen gegen die Freizügigkeit! Als bald darauf die Regierung wagte, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Ehe zwischen Dissidenten und Mitgliedern anerkannter Kirchen-Gesellschaften möglich machen sollte, ward diese verwegene Neuerung durch einen Mehrheits-Beschluß der Reichsrathskammer vereitelt, an welchem sich die sämtlichen Fünf beteiligten! ... Bei alledem ist von der dritten Serie der Unterzeichner, von den Sepp, Wild, Bucher u. dgl., noch nicht die Rede gewesen. Wer diese Namen kennt, möchte für die bayerischen Aristokraten und die schwäbischen Volksmänner fast noch ein menschliches Bedauern empfinden, daß es ihr selbstgewähltes Verhängnis war, in solcher Gesellschaft öffentlich aufzutreten.“

Es scheint, daß man dem Bestreben des Kaisers von Rußland oder seines Ministers des Aeußern, die explosiblen Regeln aus den Kriegswerkzeugen Europas zu verbannen, eine zu große Tragweite beigemessen, indem man sie auf alle vorkommenden Sprenggeschosse bezog.

Die „Patrie“ wenigstens glaubt, dieses menschenfreundliche Beginnen des russischen Vizekanzlers folgendermaßen auf seinen wahren Werth zurückzuführen: „Keine civilisirte Regierung ist bis jetzt auf die Idee gekommen, für den Krieg derartige Vernichtungsmittel anzuwenden; denn das Ziel, welches man verfolgt, wenn man sich schlägt, ist nicht sowohl, die feindlichen Soldaten zu tödten, als sie kampfunfähig zu machen, d. h., unfähig, den Kampf fortzusetzen. Ueberdies ist der Gebrauch der explodirenden Kugeln umständlicher und schwieriger, als der der gewöhnlichen Kugeln, ja mit den gegenwärtigen Zündnadelgewehren nahezu unmöglich und die Grausamkeit des Mittels würde nicht einmal durch einen militärischen Vortheil aufgewogen werden. Mit diesem Geschoss würde man weniger Leute treffen und also weniger kampfunfähig machen, als mit der gewöhnlichen Kugel. Der Schritt der russischen Regierung hat also absolut nur eine moralische Bedeutung, da die humane Gesinnung aller europäischen Mächte gewissermaßen dem Vorschlag des Fürsten Gortschakoff schon zuvorgekommen ist.“

Wie der „Schles. Btg.“ aus guter Quelle mitgeteilt wird, hat sich Herr Fürstbischof Dr. Köster dahin geäußert, er beabsichtige den Wiederaufbau des nördlichen Michaelisturmes nicht. Die Verbesserungsarbeiten am südlichen Thurm werden vor sich gehen, der eingestürzte Thurm aber nur in Höhe des Kirchenportals wieder aufgemauert werden. Die bedeutende Summe, welche der nochmalige Bau eines Thurmes kosten würde, gedenkt der Herr Fürstbischof zu anderweitigen guten Zwecken zu verwenden.

Frankfurt, 12. Juni. Das Appellationsgericht hat heute den früheren Redakteur Thaddäus La u wegen öffentlicher Verleumdung zu einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe verurtheilt und den Klägern das Recht zugesprochen, den Tenor des Erkenntnisses in der „Schlesischen Zeitung“ zu veröffentlichen.

Riel, 12. Juni. Laut eingetroffener Meldung ist Sr. Maj. Dampfskansenboot „Blitz“ am 11. d. Mts. von Lissabon in See gegangen.

Stettin, 11. Juni. Die „Ostsee-Zeitung“ schreibt über das Bahnprojekt Lissa-Altdamm: Schon sind in Preußen über 500 Meilen neue Bahnen im Bau und täglich tauchen noch neue Projekte auf. Gar viele befinden sich darunter, welche in den ersten Jahren wenigstens keine Rente erwarten lassen, und einige werden, wie es scheint, auf lange Zeit hinaus keine Rente geben können. Trotzdem können einige Projekte von unzweifelhafter Rentabilität nicht zur Ausführung kommen, obgleich die Adjacenten seit Jahren sich dafür interessiert haben. Zu diesen Projekten rechnen wir Lissa-Altdamm. Diese Bahn wird, um rentabel zu sein, nicht auf die Entwicklung des Verkehrs warten müssen, derselbe ist schon in solcher Ausdehnung vorhanden, daß er schon im ersten Betriebsjahre eine gute Rente liefert. Lissa-Altdamm führt den Bahnweg zwischen Stettin und Breslau um 6 bis 7 Meilen ab und wird daher den ganzen Verkehr zwischen diesen beiden großen Knotenpunkten aufnehmen. Im 1866 umfaßte dieser Verkehr ca. 1 1/2 Mill., 1867 ca. 3 Mill. Str. Frachtgut, in diesem Jahre wird er in Folge der Getreidekonjunktur noch erheblich größer sein. Gleichzeitig wurden im N. von Breslau und den oberhalb Breslau gelegenen Plätzen nach Stettin und vice versa auf der Ober über 2 Mill. Str. Frachtgut befördert. Von diesem Verkehr wird der Linie Lissa-Altdamm gewiß ein großer Theil zufallen, da diese kürzere Route leicht mit dem Dampfwagen konkurriren kann. Ueberdies wird die 12 1/2 Prozent betragende Abführung der Route Stettin-Breslau zur Mehrung des schon durch den Ausbau des galizischen und ungarischen Bahnnetzes rasch wachsenden Bahnverkehrs, entschieden beitragen, selbst abgesehen davon, daß große Kohlentransporte aus Oberschlesien über die neue Bahn gehen werden. Allerdings war der oben erwähnte Bahntransport in 1867 (3 Mill. Str.) wegen der Getreidekonjunktur ungewöhnlich groß, und ist also zur Rentabilitätsberechnung nicht brauchbar, ebenso wenig ist dies mit dem des Jahres 1866 (1 1/2 Mill. Str.) der Fall, da damals der Verkehr durch den Krieg gelähmt wurde. Um nicht zu hoch zu greifen, nehmen wir daher von beiden Jahren den Durchschnitt mit 2 1/2 Mill. Str. als Basis und erhöhen diese Summe in Rücksicht auf den der Route zufallenden Theil des bisherigen Stromverkehrs, den Steinkohlentransport u. nur auf 3 Mill. Str. — Die Berlin-Stettiner Bahn vereinigte im Jahre 1867 pr. Str. und Meile für befördertes Gut 3,46 Pf. Ermöglichen wir diesen Satz noch für Frachtreduktionen um circa 15 Prozent, so würden obige 3 Millionen Centner Transitgut der 29 1/2 Meilen langen Route Lissa-Altdamm 725,000 Thaler bringen. Hierzu für Transit-Personen und Vieh-Transport nur 50,000 Thaler gerechnet, giebt 775,000 Thaler Einnahme aus dem Transit-Verkehr. Der direkte Verkehr von auswärts mit den Bahnstationen und der Binnenverkehr versprechen gleichfalls sehr ausgedehnt zu werden, da die Strecke Lissa-Berlin einen großen Theil des Verkehrs zwischen Schlesien, Theilen von Polen und Berlin u. aufnimmt, da ferner in Schwerin und Landsberg die Warthe der Bahn große Verkehrsmengen zuführen wird und die Ostbahn und die Marienburger Bahn getreut, das Warthebruch, der große Hopfendistrikt von Neutoms und der Pyritzer „Weizener“ durchschnitten werden. Aber auch für diesen ganzen Verkehr wollen wir einen sehr niedrigen Maßstab anlegen indem wir ihn nicht höher als die Durch-

schnittsfrequenz der letzten 3 Jahre auf der Hinterpommerschen Seebahn, also mit 19,200 Thlr. per Meile, annehmen. Dies würde für Lissa-Damm circa 566,000 Thlr. ergeben. Hierzu für den Transitverkehr (siehe oben) 775,000 Thlr. macht 1,341,000 Thlr. Würde nun, hoch gerechnet, das Anlagekapital 11 Millionen Thlr. (ca. 370,000 Thlr. per Meile) betragen (die Berlin-Stettiner Stammbahn kostet nur 331,000 Thlr. per Meile), so bleiben, 50 pCt. für Betrieb und Abschreibung zum Erneuerungskapital abgerechnet, circa 600,000 Thlr., welche, wenn das halbe Anlagekapital in 5proz. Prioritäten aufgebracht wird, für die Stammaktion über 7 pCt. Dividende lassen.

Baden. Heidelberg, 8. Juni. Der König von Preußen hat zur Errichtung des Denkmals für den Fhrn. vom Stein, in der Nähe der Stadt Nassau, dem betreffenden Komite die Summe von 600 Thln. überandt.

De s t r e i c h.

Wien, 12. Juni. Unterhaus. Der Finanzminister brachte in heutiger Sitzung die Gesetzentwürfe ein, betreffend die Erhöhung der direkten Steuern, die Abänderung der Gesetze über die Besteuerung von Branntwein, Bier und Zucker, die Ausgabe neuer Schuldtitel für die von der Staatsschuldkonvertirung ausgeschlossenen Staatseffekten in Ausführung der durch das Ausgleichsverfahren mit Ungarn vereinbarten Bestimmungen. Der Minister führt zur Begründung der Vorlage, betreffend die Erhöhung der direkten Steuern, aus, daß das Ergebnis der Steuererhöhung 7—10 Millionen betragen würde. Die Vorlage, betreffend die Luxussteuer, könne der Minister dem Hause nicht mehr machen, weil die Kürze der Session eine reifliche Erwägung dieser Frage nicht mehr gestatte, und behalte sich die Regierung die spätere Einbringung des Entwurfs vor. Das Haus nahm das bei der Verathung des Staatsvoranschlags vertragte Kapitel der Staatsschuld, sowie die Forderung eines nachträglichen Kredits für den Etat des Ministeriums des Inneren an und genehmigte schließlich das ganze Finanzgesetz pro 1868 mit einem Gesamterforderniß von 320,230,526 fl.

Unterhaus. In die Kommission zur Kontrolirung der Staatsschulden wurden gewählt: Kaiserfeld, Winterstein, Ziblikiewicz, Skene, und als Ersatzmänner: Mende und Berger. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf betreffs Statutenänderung der Nationalbank wurde debattenlos angenommen.

Die Einnahme der öst. franz. Staatsbahn betrug in der Woche vom 3.—9. Juni 530,094 fl., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 81,687 fl.

Pesth, 12. Juni. Der Ministerrath genehmigte den Wehrgesetzentwurf; derselbe wird dem Reichstag in der nächsten Woche vorgelegt werden.

Großbritannien und Irland.

London, 11. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Lord Stanley auf eine Interpellation Jervois, die Regierung habe der Pforte wegen der Behinderung der Schifffahrt zwischen dem Hellespont und dem mittelländischen Meere Vorstellung gemacht. Die Antwort der Pforte sei noch nicht eingegangen. — Die von der Regierung eingebrachte Bill behufs Berufung des Parlaments zu Anfang Dezember passirte die erste Lesung.

London, 12. Juni. Aus Newyork vom 3. d. M. wird gemeldet, daß der General Schofield gestern das Kriegsministerium übernommen hat. — Im Senat wurde mit 37 gegen 11 Stimmen der Antrag angenommen, dem General Stanton für seine dem Vaterlande geleisteten Dienste ein Dankvotum auszusprechen. Der gleichfalls gestellte Antrag, dem Oberrichter Chase wegen seiner Leistungen in der Prozeßsache wider den Präsidenten Johnson ebenfalls den Dank des Senates abzusprechen, wurde abgelehnt. Die Wiederanstellung des früheren Generalsstaatsanwalts Stanberry wurde ebenfalls verworfen. — Der frühere Präsident Buchanan ist gestorben.

Aus Hayti wird gerüchtweise gemeldet, daß der General Salnave von seinen eigenen Truppen ermordet sei.

Der Vizekönig von Egypten beabsichtigt, seinem funfzehnjährigen Sohne in England eine militärische Erziehung geben zu lassen. Lord Stanley hat, dem Wunsch des Vizekönigs gemäß, den Herzog von Cambridge ersucht, einen Obersten mit der Erziehung zu betrauen, der sofort nach Malta abreisen soll, um den Prinzen dort zu empfangen und nach England zu geleiten.

Freiwilligkeits-Übersiedelung nach Deutschland (Sannstadt) findet bestimmt noch im Laufe dieses Monats statt. Mittlerweile halten es seine zahlreichen Freunde in England für ihre angenehme Pflicht, dem scheidernden Dichter Abschiedsfeiern zu veranstalten. Schon haben mehrere derselben in engeren Kreisen stattgefunden, das größte derselben jedoch veranstaltet die auch in Deutschland durch ihre ausgedehnte Wohlthätigkeit bekannte und viel verehrte Frau Salis Schwabe, in deren Hause sich übermorgen die hervorragenden hier anwesenden Vertreter deutscher Kunst und Literatur zu einem Festmahl versammeln, um dem trefflichen Dichter und Mann Lebewohl zu sagen.

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Die Umkehr zum Septembervertrage, wie er war, scheint das Endergebnis der langen diplomatischen Verhandlungen sein und bleiben zu sollen. Die jüngsten langen Besprechungen Nigra's mit Montier dürften nicht ausschließlich Tunis gegolten haben. Aus Civita-Vecchia vom vorgestrigen Tage wird gemeldet, daß das Marzeller Paketboot eine Million Fr. in barem Gelde für den päpstlichen Schatz überbrachte, als Abschlagszahlung der Summe, die Italien dem heiligen Stuhle in Folge des französisch-italienischen Abkommens schuldet. So wenigstens wird der „Liberté“ gemeldet. Menabrea hat bisher fest auf den Abzug der Franzosen aus dem Kirchenstaate bestanden; wird er zahlen, bevor er eine Zulage über diesen Punkt hatte, oder schießt Frankreich auf eigene Gefahr dem heiligen Stuhle das Geld vor, um in der Kampagna bleiben zu können? Darüber muß die nächste Zeit Aufschluß bringen. Es liegt, so lange die Franzosen noch auf italienischem Boden stehen, ein offener Bruch der von dem Kaiser Napoleon III. selbst proklamirten Nichtintervention vor. Bleiben kann diese Abnormität schon deshalb nicht, weil sie der Aktionspartei in Italien, so wie allen unruhigen Köpfen in Europa einen stehenden Stein des Anstoßes und Aergernisses wie einen plausiblen Grund zu Freiheitskämpfen, Umsturzversuchen u. s. w. bietet. Sind in diesem Augenblicke wirklich wieder Dinge im Werke, wie man aus Mazzini's Ankunft in der Schweiz und aus einer Menge ähnlicher Vorzeichen schließen zu dürfen glaubt, so ist die Ruhe und Gemächlichkeit der europäischen Diplomatie gegenüber der französischen Okkupation schwer zu begreifen.

Paris, 11. Juni. Die Einnahmen der lombardischen Eisenbahn betrugen in der Woche vom 27. Mai bis zum 2. Juni 2,530,958 Frks. und ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres eine Mehreinnahme von 414,453 Frks.

Der Kaiser empfing vor seiner Abreise die Botschafter Graf Goltz, Fürst Metternich, Lord Lyons, sowie den päpstlichen Nuntius Mgr. Chigi.

Niederlande.

Ueber die in Luxemburg in letzter Zeit hervorgetretene annexionsistische Agitation wird der „N. A. Z.“ von daher geschrieben: „Die französische Annexionspartei, welche durch ihre Organe „Union“ und „Avenir“ unermüdlich die öffentliche Meinung bearbeitet, hat sich neuestens durch einen misslungenen Putsch aufs Höchste lächerlich gemacht. Der Redakteur der „Union“ und Bruder des „Avenir“ wurde mit einer Anzahl Arbeiter polizeilich abgefaßt, eben als er in der Mitternacht vom verwichenen Sonntag zum Sonntag damit beschäftigt, zur Annexion mahnende französische Plakate an die Straßenecken anzuhängen.“

In Luxemburg war es vielen seit mehreren Tagen kein Geheimniß, wann und wie der Aufstand erscheinen sollte, wo die gedruckten Proklamationen lagen u. s. w., aber man ließ die Agitatoren ganz ungehört, ohne sie aus den Augen zu verlieren, und erst nachdem dieselben in einigen Straßen thätig gewesen waren, wurden sie von der Gendarmerie arretil. Im Grunde genommen war die Verhaftung überflüssig, denn die nur zu bekannten Persönlichkeiten der Agitatoren, die leidenschaftliche Sprache ihrer Organe u. s. w. hatten mehr Lächerliches, als irgend etwas Anderes an sich. Es wurden jedoch vier oder fünf der Plakathelden verhaftet, weil man die Mitschuldigen des Putsches ermitteln will.

Die öffentliche Meinung trägt sich in dieser Hinsicht mit bestimmten Vorurtheilen, doch wird der Verlauf der Untersuchung abzuwarten sein, ehe hierüber geurtheilt werden kann.

Der Text der fraglichen Proklamation wird Ihnen bereits bekannt sein. Zur größten Belustigung der Luxemburger haben dieselben Sätze darin gefunden, die wörtlich bereits im „Avenir“ gestanden haben, so daß wenigstens über die Autorschaft dieses famosen Altkleidens kein Zweifel obwalten kann.

Die Agitation scheint indessen durch das erlebte Mißgeschick nicht völlig abgeklungen zu sein. Es heißt nun, nächstens würden französische Bahnen aufgestellt werden, noch weiterer Demonstrationen sind in Aussicht gestellt, und daß es bei den Leitern der Bewegung nicht an einem Willen fehlt, zeigt ein Proklama, den am Abend des 8. ein Haufe französischer Fabrikarbeiter, Handarbeiter, u. dgl., vor dem Gefängniß aufgeführt hat, in welchem die in der Sonntagsnacht Verhafteten sich hinter Schloß und Riegel befinden. Die Menge verlangte die Freilassung derselben und zerstreute sich erst, nachdem zwei Hauptführer durch die Gefängniswache verhaftet waren.

Daß diese Demonstration eine gemacht war, beweist am besten der Umstand, daß von den Tumultuanten vielleicht nicht ein einziger in der Lage ist, den Buchdrucker Heijne, den Matabor der Verhafteten, persönlich zu kennen. Die übergroße Mehrzahl der Luxemburger Bevölkerung, man könnte sagen, neunundneunzig Hundertel, ist über die verwegenen Attentate gegen die Ruhe unseres Landes in hohem Grade erbittert. Von materieller Noth, wie es in dem annexionsistischen Ausrufe heißt, ist bei uns keine Rede. Die Arbeiter haben Arbeit, und es fällt ihnen nicht ein, sich über den Mangel an Stimmrecht zu beklagen. Auch würden sich „Union“ und „Avenir“, wenn sie fortfahren, Unfrieden zu säen, sehr bald darüber verwundern können, was für eine Ernte ihren Bemühungen von Seiten der Luxemburger zugebracht ist.

Was die Demolition der Festung anbetrifft, so will ich noch hinzufügen, daß dieselbe langsam vorrückt. Die Thore sind erweitert und aller Vertheidigungsmittel entblößt, an den Thoren sind die meisten Gräben verflüht; eine große breite Chaussee führt von der Arsenalstraße bis auf das Glacis in gerader Linie, so daß man die Häuser vom Glacis aus sieht. — Selbst der große Wallgraben, in welchem die belagerten Spanier einen Sturm der Franzosen mit Kavallerie zurückgetrieben haben, ist zugeworfen, eine zweite ähnliche Chaussee wird in der Verlängerung der Theresienstraße zugeschüttet werden, und so wäre denn die Demolition insofern vorgeschritten, daß die Neuthorfronte dreimal durchbrochen ist.

Italien.

Rom, 6. Juni. Der Herzog Robert von Parma ist so eben in Rom angekommen, um eine Zusammenkunft mit Franz II. zu haben und um der Heirath des Grafen v. Caserta, die übermorgen gefeiert wird, beizuwohnen. Vorgestern Mittag hatte Baron von Meynenbug eine offizielle Audienz beim Papste. Er war von dem Personale der österreichischen Gesandtschaft in Gala-Uniform umgeben, und der Majordomus Sr. Heiligkeit, Mgr. Vacca, erwartete ihn am obersten Ende der Treppe des Vaticanus. Pius IX. hat den österreichischen Diplomaten mit großer Auszeichnung empfangen und unterhielt sich über eine Stunde mit ihm. Diese Auszeichnung galt zunächst der Persönlichkeit des Barons Meynenbug, der als ein eifriger Anhänger des Papstes bekannt ist und von dem man weiß, daß er die neuen Gesetze auf das Schärfste bekämpft, und der selber den von Desreich betretenen Weg als einen gefährlichen und schädlichen betrachtet. Was nun seine Sendung betrifft, die ihn hieher führt, so wird sie kaum den gehofften Erfolg haben. Der Papst will Desreich schonen und als ein verirrtes Schaf behandeln, aber er wird in seiner Nachsicht gewiß nicht so weit gehen, um principielle Einverständnisse zu machen in einem Augenblicke, wo der Ultramontanismus im Gegentheil mit allen Ideen und Errungenschaften der Zeit in einen Krieg auf Leben und Tod verwickelt ist. Der Papst wird officiell das Geschehene in Wien ignoriren, und so wird er auch in dem nächsten Konsistorium nicht von dem österreichischen Konkordatsbrüche sprechen, allein das ist auch alles, was Desreich von ihm erwarten kann.

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. Juni. Die orientalische Reise des Prinzen Napoleon giebt dem „Golos“ zu einer langen Betrachtung Veranlassung, in der es zum Schluß also lautet: „So viel ist jetzt schon ausreichend klar: 1) daß die Polen von Neuem irgend etwas gegen Rußland im Schilde führen; 2) daß in ihrem Lager Zwietracht ausgebrochen ist; 3) daß Prinz Napoleon lediglich zu dem Zwecke nach Wien, Pesth und Konstantinopel kommandirt wurde, um die politische Frage so eng als möglich mit der orientalischen zu verbinden, um sie im gegebenen Augenblicke dann gleichzeitig in Bewegung setzen zu können. Womit diese Künste und Ränke endigen werden, ist uns natürlich eben so wenig bekannt, als welche Rolle das Wiener Kabinet in alledem spielt. Wenn aber Beust wirklich die bekannten Bestrebungen des Prinzen Napoleon aufrichtig unterstützt, so ist es durchaus wahrscheinlich, daß er damit den unvermeidlichen Zerfall des Reichs der Habsburger zeitigt. Uns kann es übrigens gleichgültig sein, ob Desreich in zwei oder in drei Theile zerfällt. Die bloße Existenz dieses Sammelreichs ist für uns nicht besonders notwendig. Aber nichts desto weniger kann Rußland nicht gleichmüthig zusehen, wenn seine Feinde ihre Reihen schließen. Rußland darf sich nicht einreden, daß alles Dies nur eine Diversion sei, die lediglich zum Zwecke habe, die Augen Preußens abzulenken. Unsere Regierung hat sicher schon ihre Vorbereitungen getroffen, um nicht überrascht zu werden.“

Petersburg, 12. Juni. Das „Journal de St. Pétersbourg“ veröffentlicht Briefe aus Athen, in welchen nachgewiesen wird, daß die angebliche Bittschrift von Kretensern um Beibehaltung der türkischen Herrschaft unecht ist, und daß eine Begünstigung des Aufstandes auf Kreta seitens der griechischen Regierung nicht stattgefunden hat. Die bezüglichlichen Anschuldigungen seien von türkischen Subalternen Beamten ausgegangen und durchweg unwahr. Dieran anknüpfend, fordert das „Journal“ Suad-Pascha auf, seine

gegen Griechenland gerichtete Anklagedepeſche vom 19. Februar zurückziehen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 11. Juni. Um 2½ Uhr heute Nachmittag fand in der Nitroglycerinfabrik bei Skinnerviken eine Explosion statt. Fünfzehn Personen wurden getödtet und in der Umgegend große Verheerungen angerichtet.

Türkei.

Belgrad, 12. Juni. Das diplomatische Korps unter Führung des britischen Generalkonsuls hat sich heute nach dem Ministerium des Auswärtigen begeben, um der provisorischen Statthalterſchaft ihr tiefſtes Beileid auszudrücken. Der Miniſter Marinković ſprach im Namen der Regierung ſeinen Dank für die Theilnahme aus.

Die Fürſtin Julie wird aus Wien hier erwartet. Morgen findet die öffentliche Ausſtellung der Leiche des Fürſten ſtatt. „Bidovan“ fordert das ſerbiſche Volk auf, Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten und den Geſetzen ſtreng zu folgen.

Der Verlauf der Dinge in der ſerbiſchen Hauptſtadt ſeit dem Ableben des Fürſten giebt, den Mittheilungen nach zu urtheilen, Grund zu der Annahme, daß die für einen ſolchen Fall in der ſerbiſchen Verfaſſung vorgeſehenen Beſtimmungen ihre ungeſtörte Anwendung finden werden. Nachdem es dem verſtorbenen Fürſten nicht gelungen war, das von der Pforte im Jahre 1840 aufgehobene Erbrecht für die Obrenowitsch'sche Dynaſtie wieder zu erwirken, reſp. da der Fürſt kinderlos war, das Recht der Ernennung eines Nachfolgers zu erlangen, war die Thronſolgerordnung gegenwärtig thaſächlich in der Weiſe geregelt, wie es in dem türkiſchen Verſat vom December 1888 feſtgeſetzt iſt, der auch heutzutage noch als Grundgeſetz (Uſtav) für Serbien Geltung hat. Dieſer Verfaſſungsurkunde zufolge wird der Fürſt in einer allgemeinen Verſammlung aller Hausväter (Skupſhtina), ohne Angrenz der Pforte, gewählt; die letztere beſtätigt, nachdem jener ſeinem Souverain die Huldigung geleistet und das Verſprechen eines Tributs von 135,000 Thalern abgegeben, ganz einfach die Wahl, ohne berechtigt zu ſein, dieſelbe zu annulliren, und ertheilt gleichzeitig dem Fürſten eine perſönliche türkiſche Auszeichnung. Die, wie der Telegraph mittheilt, ſchon auf den Zuſatz angeordnete Einberufung der Skupſhtina zeigt, daß das Land von ſeinem Wahlrecht unverweilt Gebrauch machen wird.

Eine Einmiſchung des Auslandes in die Angelegenheit oder eine Aenderung der bisherigen politiſchen Stellung Serbiens iſt unter dieſen Umständen zunächſt nicht abzusehen. Es iſt mit Bezug darauf im Uebrigen an die Art. 28 und 29 des Pariſer Vertrages von 1856 zu erinnern, welche die Unabhängigkeit Serbiens unter den gemeinſamen Schutz der damaligen Paſſanten ſtellen und beſtimmen, daß ohne vorausgegangene Verſtändigung mit den europäischen Großmächten keine Macht mit bewaffneter Hand in Serbien zu interveniren ermächtigt iſt.

Ueber die Motive des beklagenswerthen Attentats verlautet auch heute noch nichts Beſtimmtes. Es heißt zwar, daß dieſelben perſönlicher und nicht politiſcher Natur ſeien, mit welcher Angabe inſofern die gleichzeitig gemeldete Verhaftung mehrerer Perſonen, außer den Mördern ſelbſt, in einigem Widerſpruch ſteht.

Vom Reichstage.

21. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

Berlin, 12. Juni. Eröffnung 10¼ Uhr. Am Tiſche der Bundes-Kommissionen: Delbrück, Graf Eulenburg, v. Wiegand u. A.

Es werden 10 Urlaubsgesuche ertheilt. Abg. Keder, dem neulich der Urlaub verweigert wurde (als Grund war angegeben die Nothwendigkeit der Urtheile über die Landtagsverhandlungen von Lippe-Deſmold), hat ein Abſchreiben an den Landtagsverhandlungen Landtags-Syndikus eingereicht, worin dieſelbe ſich für dieſen Urlaub beſcheinigt wird, daß dem Abg. Keder ſein Geſuch, ihn von der Abſchreibung an den Lippeſchen Landtagsverhandlungen zu entbinden, unter den obwaltenden Umständen nicht gewährt ſei. (Große Heiterkeit.) Er erneuert deſhalb ſein Geſuch um 14 Tage Urlaub. (Widerſpruch.)

Präſident: Da die Sachlage ſich nicht verändert hat, wird wohl auch der Reichstag bei ſeinem Beſchlusse ſtehen bleiben. (Zuſtimmung.) Der Urlaub wird einſtimmig verweigert.

Die Abgg. Genant und Fries haben einen Antrag eingebracht, worin die Grundzüge für eine künftige Strafprozeßordnung aufgeſtellt werden. Der Präſident ſchlägt vor, ihn einer beſonderen Kommission zu überwieſen. Abg. Kaser mit Rückſicht auf den nahesten Schluß der Session und die Dringlichkeit der Sache die Schlußberatung, v. Kirchmann Ausſetzung des Beſchlusses, bis die neue Geſchäftsordnung angenommen wäre. Das Haus tritt dem letzteren Antrage bei.

Für die 3. Abtheilung referirt Abg. zur Mühlen über die beanſtandete Wahl des Abg. Dr. Strousberg. Die in den Proteſten gerügten Unregelmäßigkeiten, Wahlbeeinflussungen etc., ſeien ſorgfältig unterſucht worden, gaben aber keinen Grund, die Wahl für ungültig zu erklären. Wenn man auch alle Stimmen in Abzug bringe aus den Bezirken, wo Unregelmäßigkeiten vorgekommen ſind, ſo bleibe für Dr. Strousberg doch noch eine Majorität übrig. Die Abtheilung beantragt, die Wahl für gültig zu erklären, und das Haus tritt ohne Debatte dieſem Antrage bei.

Es folgt die Abſtimmung über die Aenderung der Geſchäftsordnung für den Reichstag nach den neulich gefaßten Beſchlüssen. Die Geſchäftsordnungs-Kommission hat in der Reihenfolge der Paragraphen, wie auch in der Redaktion Vieles geändert.

Ref. Dr. Weder motivirt dieſe Aenderungen. Durch die Abſchaffung der Nebenliſte ſei eine ganze Anzahl von Paragraphen hinſällig geworden.

Das Haus genehmigt in der Schlußabſtimmung mit großer Majorität die Zuſammenſtellung der Kommission, worauf der Präſident auf eine Anfrage v. Kirchmann's erklärt, daß alle Vorlagen, über deren geſchäftliche Behandlung ſchon beſchloſſen worden, noch nach der alten Geſchäftsordnung erledigt werden; natürlich fällt aber auch hierbei die Nebenliſte weg.

Abg. v. Kirchmann: Soll auch nach Abſchaffung der Nebenliſte den Rednern für und gegen abwechselnd das Wort ertheilt werden?

Präſident Simon: Wenn überhaupt ein Paragraph der Geſchäftsordnung, ſo muß dieſer ſich beſonders ſich in der Handhabung erſt bewähren, denn er liegt in die Hand des Präſidenten eine ganz ungewiſſe Gewalt und dem entſprechend eine ungeheure Verantwortlichkeit. Auch für die kurze Zeit, die wir jetzt wahrſcheinlich noch tagen werden, liegt deſhalb für mich die dringendſte Veranlaſſung vor, das Wohlwollen und das Vertrauen des Hauses für die Handhabung dieſer Beſtimmung in Anſpruch zu nehmen, indem ich verſpreche, dieſelbe ohne nach rechts und nach links zu ſehen, Niemandem zu Liebe und Niemandem zu Leide zu handhaben. — Was den Beſcheid der Redner für und wider betrifft, ſo werde ich, wenn bei der Meldung ein ſolcher Zuſatz gemacht wird, eine Abwechſelung eintreten zu laſſen verſuchen; wir werden dann ſehen, wie weit wir damit kommen.

Es folgt die Beratung des von Friedenthal und von Hennig beantragten Geſetzes betr. die ſubſidiäre Haftung des Brenner-Unternehmers für Zuſammenſetzungen gegen die Branntweinſteuergeſetze durch Verwalter, Gewerbsgehilfen und Hausgenoſſen.

Die Referenten Dr. Weigel und v. Unruhe-Vomſt beantragen, den Entwurf mit folgenden Aenderungen der Einleitungsworte und des §. 1. und mit Einſchaltung des nachſtehenden §. 4. anzunehmen:

Wir Wilhelm etc. verordnen für das innerhalb der Zolllinie „liegende Gebiet des Norddeutschen Bundes, ſo weit nicht das Geſetz vom 4. Mai d. Z. betreffend die Erhebung einer Abgabe von der Branntweinverteilung in den holländiſchen Landen (Bundes-Geſ. Bl. S. 151), ſo wie das Geſetz vom heutigen Tage, betreffend die Beſteuerung des Branntweins in verſchiedenen zum

Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten und Gebietsſtellen (Bundes-Geſ. Bl. S. ...), Anwendung findet“, was folgt:

§. 1. Wer Brenneretreibend, haſtet, was die durch die Branntweinſteuer-Geſetzgebung verhängten Geldſtrafen betrifft, mit ſeinem Vermögen für ſeine Verwalter, Gewerbsgehilfen, ſowie für dieſelben Hausgenoſſen, welche in der Lage ſind, auf den Gewerbetriebe Einfluß zu üben, wenn:

1) dieſe Geldſtrafen von dem eigentlich Schuldigen wegen Unvermögens nicht beigetrieben werden können, und zugleich

2) der Nachweis erbracht wird, daß der Brenneretreibende bei Auswahl und Anſtellung der Verwalter und Gewerbsgehilfen oder bei Beaufſichtigung derſelben, ſowie der Eingangs bezeichneter Hausgenoſſen, faſſlich, das heißt, nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geſchäftsmannes zu Werke gegangen iſt.

Als ſolche Faſſlichkeit gilt inſofern die wiſſentliche Anſtellung beziehungsweise Beibehaltung eines wegen Branntweinſteuer-Defraudation bereits beſtraften Verwalters oder Gewerbsgehilfen.

Iſt ein Brenneretreibender, welcher nach den Beſtimmungen dieſes Geſetzes ſubſidiär in Anſpruch genommen wird, bereits wegen einer von ihm ſelbſt in der nachgewieſenen Abſicht der Steuerverfälschung begangenen Branntweinſteuer-Defraudation beſtraft, ſo hat derſelbe die Vermuthung faſſlicher Verhaltens ſo lange gegen ſich, als er nicht nachweiſt, daß er bei Auswahl und Anſtellung beziehungsweise Beaufſichtigung ſeines Eingangs bezeichneter Hausgenoſſen die Sorgfalt eines ordentlichen Geſchäftsmannes angewendet hat.

§. 2. Hiñſichtlich der in Folge einer Zuwiderhandlung gegen die Vorſchriften der Branntweinſteuer vorenthaltenen Steuer haſtet der Brenneretreibende für die im §. 1 bezeichneter Perſonen mit ſeinem Vermögen, wenn die Steuer von dem eigentlich Schuldigen wegen Unvermögens nicht beigetrieben werden kann. In denjenigen Fällen jedoch, in welchen die Berechnung der vorenthaltenen Steuer lediglich auf Grund der in der Branntweinſteuer-Geſetzgebung vorgeſchriebenen Vermuthungen erfolgt, tritt die ſubſidiäre Haftung des Brenneretreibenden nur unter den durch §. 1 Nr. 2 beſtimmten Vorausſetzungen ein.

§. 3. Zur Erlegung von Geldſtrafen auf Grund der ſubſidiären Haftung in Gemäßheit der Vorſchriften des §. 1 dieſes Geſetzes kann der Brenneretreibende nur durch richterliche Erkenntniß verurtheilt werden. Daſſelbe gilt für die Erlegung der vorenthaltenen Steuer, welche auf Grund der in der Branntweinſteuer-Geſetzgebung vorgeſchriebenen Vermuthungen berechnet wird.

§. 4. Die Befugniß der Steuerverwaltung, ſtatt der Einziehung der Geldbuße von dem ſubſidiär Verhafteten und unter Verzicht hierauf die im Unvermögensfälle an die Stelle der Geldbuße zu verhängende Freiheitsſtrafe ſo gleich an dem eigentlich Schuldigen vollſtreden zu laſſen, wird durch die vorſtehenden Beſtimmungen nicht berührt.

§. 5. Dieſes Geſetz tritt mit dem 1. Oktober 1868 in Kraft und ſind von dieſem Zeitpunkte an alle entgegenſtehenden Beſtimmungen aufgehoben.

Hierzu beantragen 1) Krieger (Poſen): im Eingange zum Geſetze zwischen den Worten: „Anwendung findet“ und „was folgt“ einzufügen: „und mit Ausſchluß des Vordergerichtes Oſheim und des Amtes Königsberg“.

2) Meyer (Thorn): Im §. 1 bei der Definition der „Faſſlichkeit“ von Seiten des Brenneretreibers: die Faſſlichkeit nur dann anzunehmen, wenn ein Brenneretreibender angeſtellt wird, der „innerhalb der letzten 5 Jahre“ wegen Branntweinſteuer-Defraudation beſtraft worden iſt, während nach der Vorlage die Beſtrafung überhaupt ſchon zur Annahme der Faſſlichkeit genügt ſoll.

Ref. Weigel betont die Wichtigkeit des Geſetzes, deſſen Konſequenzen weit über das Gebiet des Bundes und den Bereich der Branntweinſteuer hinausgehen, da man die hier ausgeſprochenen Grundzüge auch bald auf die Salz-, Mahl- und Schlachtfleisſteuer und die geſammte Zollgeſetzgebung werden anwenden müſſen. Seit jeher hätten die Vertheilten über die Härte der bisherigen Steuergeſetzgebung geklagt, und die Handels- und Finanz-Kommission hätte ſich erſt kürzlich bei Gelegenheit des Branntweinſteuer-Geſetzes für Heſſen in dem Sinne der Antragſteller ausgeſprochen, wonach der Brenneretreibende nur dann bei Defraudationen mit verantwortlich gemacht werden kann, wenn ihn eine wiſſentliche Faſſlichkeit dabei trifft. Es entſpreche dieſer Grundſatz den Interſſen der Produktion und der Gerechtigkeit.

Abg. Dr. Friedenthal: Der bisherige Zuſtand der Branntweinſteuer-Geſetzgebung war allerdings durch die große Liberalität und Gerechtigkeit der Steuerbehörden ein noch erträglicher; die Verwaltung bemühte ſich, die Härten, welche eine nothwendige Folge der Geſetzgebung waren, auszugleichen und weniger faſſbar zu machen. Der gegenwärtige Zuſtand, wonach die Brenneretreibenden unbedingt verantwortlich ſind, ohne daß ſie die geringſte Schuld trifft, iſt rechtlich unmöglich. Das vorliegende Geſetz ſoll dem abhelfen.

Präſident Delbrück: Es iſt richtig, daß dieſelben Beſtimmungen über die ſubſidiäre Haftung der Brenneretreibenden, welche in dem Branntweinſteuergeſetz für Heſſen enthalten ſind, nothwendigerweiſe ausgeſtellt werden müſſen auch auf die übrigen Landeſtheile. Die Gründe für eine Aenderung der Geſetzgebung ſind von den Vorrednern genügend erörtert worden. Die Finanzverwaltung hat indeß lange Zeit Bedenken getragen, eine Aenderung eintreten zu laſſen, weil die bisherige Geſetzgebung ein weſentliches Mittel war, die Branntweinſteuer praktiſch durchzuführen. Es iſt nicht zu verkennen, daß thaſächlich dieſe Beſtimmungen in dem Maße dem betheiligten Publikum und der allgemeinen Stimmung widerwärtig geworden ſind, daß die Finanzverwaltung erſt nach ſich die Frage vorlegen mußte, ob ſie auf dieſe Beſtimmungen verzichten ſoll. — Das Enſemble der vorgeſchlagenen Beſtimmungen des vorliegenden Entwurfs giebt der Verwaltung nun wohl, wenn auch nicht unbedingt, ſo doch ausreichende Garantie. Es iſt dieſes aber auch die äußerſte Grenze, bis wohin gegangen werden kann. Ich bitte deſhalb, alle Amendements, mit Ausnahme des des Abg. Krieger, abzulehnen. Ich zweifle nicht, daß der Bundesrath dem Geſetze ſeine Zuſtimmung ertheilen wird; aber eben ſo beſtimmt kann ich vorausſagen, daß entſcheidende Reden abzuwarten werden, wenn die Geſamtheit der Vorſchläge, die ein unzertrennliches Ganze bilden, durch Amendements zertrümmert und zerſplittert wird.

Abg. v. Kirchmann äußert verſchiedene Bedenken gegen das neue Geſetz. Die bisherigen Härten werden wenig dadurch gemildert. Wenn auch die Möglichkeit einer Willkür von Seiten der Verwaltungsbehörden beseitigt wird, ſo fällt der Brenneretreibende nun der Willkür der Gerichte anheim. Denn einzelne Ausdrücke im Geſetze, wie „faſſliches Verhalten“, „Sorgfalt eines ordentlichen Geſchäftsmannes“ etc. laſſen eine ſehr weite und verſchiedenartige Deutung zu. Es iſt ſodann eine entſchiedene Härte, wenn Faſſlichkeit ſchon angenommen werden ſoll bei Anſtellung eines ſchon einmal beſtraften Gehilfen. Die Verſteiger werden dadurch in der Auswahl qualifizierter Verwalter ſehr beſchränkt. Es iſt ferner eine Härte, daß der Verſteiger bei jeder ſolchen „Faſſlichkeit“ gerade ſo beſtraft werden ſoll, als ob er dolos gehandelt habe. Dies iſt durchaus inſonſequent und widerſpricht allen Prinzipien des Strafrechts. Das alte Geſetz iſt zwar hart, aber doch wenigſtens konſequent. Der Verſteiger wird danach mit beſtraft bei jeder Defraudation, da man ihn als Mitthäter annimmt, denn der Verſteiger hat doch in der Regel ganz allein Vortheil von der Defraude. — Ich enthalte mich, gegen den Entwurf zu operiren, weil die große Mehrheit der Vertheilten deſſenwiderſtand wüñſcht; glaube aber, daß die Herren, welche ſo große Hoffnung darauf ſetzen, ſich täuſchen werden.

Abg. Wachenhuſen beantragt ſtatt Faſſlichkeit in §. 1 zu ſetzen: „grobe Faſſlichkeit“.

Abg. v. Lüd: Es ſei ganz unmöglich, den Begriff „Faſſlichkeit“ wörtlich zu definiren, und auch bei andern Fällen entſcheidet der Richter darüber, wenn Faſſlichkeit vorliegt.

Abg. Dr. Meyer (Thorn) beſchwört ſein Amendement. Es ſei juriſtiſch monſtrös, daß eine einmalige Beſtrafung eines Brenneretreibers genügen ſolle, um ein für alle Mal Faſſlichkeit bei ſpäterer Anſtellung deſſelben anzunehmen, und um ihn in Folge deſſen gleich mit Verluſt des Rechtes zum Gewerbetriebe, was doch die thaſächliche Folge ſei, zu beſtrafen. Solche Härten kamen auf dem übrigen Gebiete des Strafrechts ſchon vor.

Abg. v. Hennig polemisiert gegen den Abg. v. Kirchmann. Seine Bemängelungen des neuen Geſetzes waren vollkommen unmotiviert und lediglich juriſtiſche Spitzfindigkeiten, der Begriff „Faſſlichkeit“ ſei ganz klar und werde durch das Landrecht ſchon, wie durch zahlreiche Präzedenzfälle hinreichend feſtgeſtellt. Dem Antrag Meyer würde er ſich gern anſchließen, wenn nicht nach der Erklärung des Bundes-Kommiſſars die Annahme des ganzen Geſetzes dadurch gefährdet werde. Da daſſelbe aber ohnedies für die Interſſenten große Vortheile bringe, bitte er, das Geſetz ohne dieſes Amendement anzunehmen.

Es folgt die Spezial-Diſkuſſion über §. 1.

Abg. Meyer (Thorn) zieht ſein erſtes Amendement zurück und ſtellt an deſſen Stelle ein anderes, zum Alinea 3 des §. 2, welches lautet: „Als Faſſlichkeit gilt inſofern die wiſſentliche Anſtellung, beziehungsweise Beibehaltung eines wegen Branntweinſteuer-Defraudation bereits beſtraften Verwalters oder Gewerbsgehilfen“, hinzuzufügen: „falls nicht die oberſte Finanzbehörde die Anſtellung reſp. Beibehaltung deſſelben genehmigt hat.“

Bundeskommiſſar v. Pommer-Eſche erklärt ſich hiermit einverſtanden.

Nach längerer Debatte wird das Amendement Wachenhuſen abgelehnt und §. 1 mit dem Amendement Meyer angenommen.

§. 2 wird genehmigt; §. 3 beantragt v. Lüd zu ſtreichen und es bei der bisher üblichen Praxis zu beſtehen, wonach die Verwaltungsbehörde die erſte Inſtanz für Defraudationsprozeſſe iſt.

Abg. v. Hennig iſt für Beibehaltung dieſes Paragraphen. Die proviſoriſche Verwaltungsgerichtsbarkeit, die in den letzten Jahren wieder zum Theil eingeführt worden, ſei ein Rückſchritt in unſerer Geſetzgebung.

Abg. v. Lüd bittet, ſeinen Antrag anzunehmen. Das Verfahren werde dadurch einfacher und billiger.

Der Antrag Lüd wird abgelehnt, §. 3 alſo beibehalten.

Die übrigen §§. werden unverändert, zum Eingange des Geſetzes wird noch das Amendement Krieger und ſomit das ganze Geſetz mit den Amendements Krieger und Meyer angenommen.

Es folgt darauf der Bericht der Kommissionen für Handel und Finanzen: 1) über den Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogthum Heſſen, die Viers und Branntweins betreffend, vom 9. April d. Z.; 2) den Geſetzentwurf wegen Beſteuerung des Branntweins in dem zum Bunde gehörenden Theile Heſſens.

Die Kommissionen beantragen einſtimmig die Genehmigung des Vertrags, ändern aber den aus 70 Paragraphen beſtehenden Geſetzentwurf in einigen Punkten ab. Vor Allem ſoll die Einleitung des Geſetzes lauten: Wir Wilhelm etc. verordnen, für den zum Norddeutschen Bunde gehörenden Theil des Großherzogthums Heſſen, für die Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, für das Herzogthum Lauenburg, für die freie Stadt Lübeck und deren Gebiet, ſowie für die nach dem 1. Januar d. Z. in die Zolllinie des Zollvereins gezogenen und noch zu ziehenden preußiſchen und hambiſchen Gebietsſtelle. In Betreff der „Steuervergütung“ beim Export (§. 5.) hatte die Vorlage beſonders zu erlaſſende Beſtimmungen der oberſten Finanzbehörde vorbehalten. Die Kommissionen ſoſſen den §. 5. ſo: „Bei der Ausfuhr von Branntwein nach dem Auslande wird eine „Rückvergütung“ der Steuer von 11 Silbergroſchen für das Quart zu 50 pCt. Alkohol nach Tralles gemäſt.“

§. 66. (Vertragsverbindlichkeit für vertriebene Geſelſchaften) ſoll nach Antrag der Kommission lauten: Wer Brenneretreibend, iſt verpflichtet, ſein Geſinde, ſeine Diener, Gewerbsgehilfen, ſowie auch jede andere Perſon, welche in der Lage iſt, auf den Gewerbetriebe Einfluß zu üben, dahin zu beaufſichtigen, daß ſeitens ſeiner dieſer Perſonen eine Uebertretung dieſes Geſetzes ſtattfinden kann. Wird dem Brenneretreibenden eine grobe Faſſlichkeit nachgewieſen, dieſer Aufſichtspflicht nachgewieſen, ſo iſt er, was die verhängten Geldſtrafen und die vorenthaltenen Steuer betrifft, mit ſeinem Vermögen verhaftet, wenn die Geldſtrafen und die Steuer wegen Unvermögens des eigentlich Schuldigen nicht beigetrieben werden können. Dieſe ſubſidiäre Haftung des Brenneretreibenden kann nur durch richterliche Entſcheidung ausgeſprochen werden.

Endlich ſoll §. 70 lauten: Dieſes Geſetz tritt in den zum Norddeutschen Bunde gehörenden Theile des Großherzogthums Heſſen mit dem 1. Juli 1869, in den übrigen im Eingange genannten Staaten und Gebietsſtellen aber mit demjenigen Tage in Kraft, welchen das Präſidium für jeden dieſer Staaten und Gebietsſtelle beſtimmen wird. (Der Einführungstermin in der Vorlage war auf den 1. Juli d. Z. angeſetzt.)

Referent v. Hennig verweiſt auf den gedruckten Bericht und erwähnt mehrerer Petitionen, die ſtatt der Fabrikationssteuer eine Konſumsteuer vorſchlugen.

Die Abgg. Graf Solms-Laubach und zu Rabeau haben mehrere Emendationen für Heſſen mit Rückſicht auf deſſen beſondere Verhältnisse beantragt, ziehen dieſe Anträge jedoch zurück, nachdem Miquel bemerkt, daß es ſich hier um ein einheitliches keine Ausnahmen zulauſſendes Geſetz handle.

Der §. 66 des Geſetzentwurfs wird in derſelben Faſſung angenommen, wie ſie der heute verhandelte Geſetzentwurf der Abgg. v. Hennig und Friedenthal in der heutigen Beratung ſchließlich erhalten hat.

Der §. 69 (den von der Ausführung des Geſetzes durch die oberſte Finanzbehörde handelt), wird auf den Antrag des Abg. Grafen Aſſewitz dahin abgeändert, daß die oberſte Finanzbehörde in den Einzelſtaaten mit den Maßregeln zur Erhebung der Steuer, zur Kontrolle und zur Gewährung von Erleichterungen ermächtigt wird.

Das ganze Geſetz wird genehmigt, wie die Kommissionen es beantragen. Außerdem liegen zwei Reſolutionen des Herrn zu Rabeau und des Dr. Friedenthal vor, welche beide die Erſetzung der bisherigen Beſteuerung nach dem Maßſtaab durch eine Fabrikationssteuer betreffen; die erſtere

Auskündigung

von Pfandbriefen des neuen land-
schaftlichen Kreditvereins für die
Provinz Posen.

Bei der heutigen, im Beisein eines
Notars öffentlich bewirkten Auslösung
der nach §. 17. u. ff. des Statuts vom
13. Mai 1857 und §. 19. des Regulativs
vom 5. Novbr. 1866 zum 2. Januar 1869
zu tilgenden Pfandbriefe des neuen land-
schaftlichen Kreditvereins für die Provinz
Posen sind nachfolgende derselben gezo-
gen worden:

Ser. I. a 1000 Thlr. Nr. 1482
1545. 1744. 2133. 2717. 2758. 2871.
3685. 3763. 3926. 4063. 4293. 4634.
4719. 5057. 5361. 5404. 6125. 6507.
6699. 6749. 6976. 7289. 7774. 8094.
8136. 8418. 8668. 8832. 9024. 9069.
9327. 10,478. 10,838. 10,938. 11,070.
11,357. 11,571. 11,589.

Ser. II. a 200 Thlr. Nr. 508.
666. 1100. 1422. 1842. 1993. 2888.
3034. 3044. 3093. 3614. 4209. 4325.
4423. 4576. 4591. 4917. 5013. 5143.
5229. 5546. 5589. 6184. 6712. 6718.
6848. 7102. 7152. 7296. 8081. 8581.
8594. 8729. 9338. 9990. 10,104.
10,366. 10,407. 10,625. 10,634. 12,185.
13,429. 14,891. 15,249. 15,458. 15,938.
16,077. 16,816. 16,854. 17,083. 17,405.
17,649. 17,650. 17,867. 18,029. 18,185.
18,234. 18,358. 18,503. 18,584. 18,873.
19,105. 19,310. 19,483.

Ser. III. a 100 Thlr. Nr. 275.
378. 710. 726. 932. 1648. 3065. 3408.
3733. 3867. 3925. 4101. 4110. 4225.
5257. 5320. 5344. 5577. 5820. 5846.
6347. 6453. 6824. 7950. 8078. 8401.
9020. 9216. 9298. 9583. 9631. 9726.
9755. 9874. 10,068. 10,891. 11,432.
11,453. 12,173. 12,200. 13,103. 13,247.
13,381. 13,575. 13,579. 13,755. 13,764.
13,882. 14,674. 14,889.

Ser. V. a 500 Thlr. Nr. 95. 257.
259. 367. 438. 511. 1348. 2004. 2600.
2965. 2993. 3805. 4251. 4444. 4804.
5414. 5466. 5468. 5685. 5704. 6009.
6083.

Ser. VI. a 1000 Thlr. Nr. 388.
701. 718. 775. 788. 1079. 1168. 1649.
1775. 1899. 2203. 2930. 3428.

Ser. VII. a 500 Thlr. Nr. 214.
262. 580. 758. 790. 1004.

Ser. VIII. a 200 Thlr. Nr. 125.
653. 1513. 1544. 1700. 2779. 2782.
2914. 2915. 3119. 3275. 3455. 3492.
3610.

Ser. IX. a 100 Thlr. Nr. 79. 131.
409. 508. 620. 657. 1782.

Diese Pfandbriefe werden hierdurch den
Besitzern zum 2. Jan. 1869 mit der Auf-

forderung gekündigt, den Kapitalbetrag
derselben gegen Rückgabe der Pfandbriefe
in künftigen Zustand, so wie der dazu
gehörigen, erst nach dem 2. Januar 1869
fälligen Kupons Nr. 4—10. und Talons,
von dem gedachten Kündigungstage an
auf unserer Kasse hiersebst baar in Em-
pfang zu nehmen.

Zur Bequemlichkeit des Publikums wird
nachgegeben, daß die gekündigten Pfand-
briefe nebst Kupons und Talons unserer
Kasse auch mit der Post, aber frankirt, ein-
geschickt werden können, in welchem Falle
die Gegenendung der Valuta, wo mög-
lich mit umgebender Post, aber unter De-
klaration des vollen Werths, ohne An-
schreiben und unfrankirt erfolgen soll.

Die Verzinsung der gekündigten Pfand-
briefe hört mit dem 2. Januar 1869 auf
und der Geldbetrag etwa fehlender Ku-
pons wird deshalb von der Einlösung-
valuta in Abzug gebracht. Ohne Talon
kann die Einlösung eines Pfandbriefes
überhaupt nicht stattfinden.

Die Valuta der bis nach Ablauf der
ausgegebenen Kupons-Folge, d. h. bis zum
1. Juli 1872 nicht eingegangenen gekün-
digten Pfandbriefe wird nach Abzug des
Betrages der Kupons Nr. 4—10. an das
königliche Kreisgericht hiersebst abgeführt
werden, welches die Amortisation solcher
Pfandbriefe zu veranlassen hat.

Außerdem sind aber nach Abschnitt II.
des Regulativs vom 24. November 1859
heute noch an Pfandbriefen Litt. B. gezo-
gen worden:

Ser. IV. a 100 Thlr. Nr. 150.
151. 153. 154. 155. 156.
welche den Besitzern zum 2. Januar 1869
unter den vorstehenden Bedingungen
ebenfalls gekündigt werden.

Zugleich werden die bereits früher aus-
gelooften aber noch rückständigen

Pfandbriefe

und zwar aus dem Kündigungstermine
vom 2. Jan. 1868. Mit Kupons Nr. 2 bis 10.

Ser. I. a 1000 Thlr. — Nr. 1672.
8853. 10,416.

Ser. II. a 200 Thlr. — Nr. 1194.
9455. 15,846. 18,694.

Ser. III. a 100 Thlr. — Nr. 912.
1305. 4460. 6170. 6706. 6982. 9006.
hierdurch wiederholt aufgerufen, und
deren Besitzer aufgefordert, den Kapital-
betrag dieser Pfandbriefe zur Vermeidung
weiteren Zinsverlustes und künftiger ge-
richtlicher Amortisation unverweilt in
Empfang zu nehmen.

Posen, den 12. Juni 1868.

Königliche Direktion
des neuen landwirtschaftlichen Kredit-
vereins für die Provinz Posen.

Referat, den 10. Juni 1868.

Auf der Meieritz-Bentischer Provinzial-
Chaussee soll in Gr.-Damm der Bau eines
Chausseegeldhebe-Etablissements im Laufe die-
ses Jahres im Wege der Submission ausge-
führt werden, welches ausschließlich der unter
Titel: „Insgemein“ aufgeführten Kosten, wie
folgt, veranschlagt ist:

a) Wohnhaus . . . 1729 Thlr. 29 Sg. 6 Pf.
b) Stall . . . 350 . . . 4 . . . 9 .
c) Brunnen . . . 120 . . . 21 . . . 9 .
d) Umwägung . . . 140 . . . 8 . . . 2 .

Summa 2341 Thlr. 4 Sg. 2 Pf.

Die Bauten müssen im Rohbau und Mauer-
putz bis zum 1. Oktober c., in der gänzlichen
Ausführung dagegen bis auf den Delfarbenan-
strich, der bis zum Juni 1869 ausgeführt bleiben
kann, bis zum 1. November d. J. beendet sein.
Die Zahlung der Submissionssumme erfolgt
dem entsprechend in 3 Raten.

Kostenanschlag und Zeichnung können bei dem
Unterzeichneten eingesehen werden.

Verfiegelte Submissionsofferten wolle man
an den Unterzeichneten richten, der dieselben am
24. dieses Monats eröffnen und den Zuschlag
erteilen wird.

Königlicher Landrath.

In dem Konkurs über das Vermögen des
Kaufmanns **Wolff Rodocz** zu Posen ist zur
Anmeldung der Forderungen der Konkursgläu-
biger noch eine zweite Frist bis zum 20.
Juni c. einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch
nicht angemeldet haben, werden aufgefordert,
dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein
oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht
bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich
oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit
bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten
Forderungen ist

auf den 27. Juni c.,
Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath
Gaebler, im Terminzimmer Nr. 13, anbe-
raumt, und werden zum Erscheinen in diesem
Termin die sämtlichen Gläubiger aufgefordert,
welche ihre Forderungen innerhalb einer der
Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat
eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen bei-
zufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem
Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der
Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen
Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns be-
rechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestel-
len und zu den Akten anzeigen. Denjenigen,
welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden
der Justizrath **Thuschke** und die Rechtsan-
wälte **Mühl** und **Dachorn** zu Sachwal-
tern vorgeschlagen.

Posen, am 27. Mai 1868.

Königliches Kreisgericht.
Vertheilung für Civilsachen.

Wein-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde
ich Montag den 15., und Dienstag
den 16. Juni, früh von 9 Uhr ab, im
Auktionslokale, Magazinstraße 1., eine
große Partie Rhein- und Bordeaux-
Weine, Champagner etc. öffentlich meist-
bietend verkaufen.

Rychlewski,
gerichtl. Auktions-Kommissar.

Delgemälde-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde
ich Montag den 15. Juni, Nachmittags
von 3 Uhr ab, im Auktionslokale, Ma-
gazinstraße 1., ein sehr großes Delgemälde
(Familienstück), so wie sehr werthvolle alte
und neue Delgemälde von berühmten Mei-
stern, demnachst verschiedene andere Delgemälde,
bestehend in Seestücken, Landschaften,
Genre- und Heiligen-Bildern etc. öffent-
lich meistbietend gegen gleich baare Zahlung ver-
steigern.

Rychlewski,
gerichtl. Auktions-Kommissar.

Die Wein-Auktion

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts wird am
Mittwoch den 17. Juni c. fortgesetzt,
bei welcher Gelegenheit eine große Partie
guter Ungar-Weine zum Verkauf
kommt.

Rychlewski,
gerichtl. Auktions-Kommissar.

Den An- und Verkauf von Gütern, Forsten und Hypotheken
vermittelt

Jos. Radziejewski.

Kommissions-Geschäft,
Posen, Breslauerstr. 18.

Güter-Verkauf.

Ein Rittergut im Königreich Polen, 7 Meilen
von Warschau, eine Meile von der Zerespolder
Bahn, unmittelbar an der Chaussee, ist käuflich.
Areal 7280 Magdeburger Morgen, zur Hälfte
Weizen, zur Hälfte Roggenboden. Wiesen 585
Morgen, Wald 1625 Morgen im Werthe von
50,000 Thlr., Gebäude massiv gemauert, Bren-
nerei, Brauerei, Ziegelei, zwei Wassermühlen,
ein Leich von 200 Morgen, schöne Fischerei.
Preis 120,000 Silberrubel, Landschaft 40,000
Silberrubel, Anzahlung 50,000 Silberrubel.
Nähere Auskunft erteilt **Rankowski**
in Warschau, Beschnofstraße Nr. 726.

Landgüter v. 100 bis 3000 Mrg. Größe,
darunter zwei von 2200 und ca. 1500 Mrg. in
Rußland, mit hinreichenden Wiesen, kom-
plettem Inventarium und vollständigen Wohn-
u. Wirtschaftsgebäuden, von denen mir spezielle
Anschläge Seitens der Herren Verkäufer über-
geben sind, weise ich zum billigen Kaufe nach.

Gerson Jarecki,
Magazinstraße 15. in Posen.

Das Grundstück Kleine Ger-
berstraße Nr. 2., welches einen
Hofraum von 1 1/2 Morgen hat,
und worauf ein neues, großes,
massives Fabrikgebäude steht,
ist unter vortheilhaften Bedin-
gungen zu verpachten oder zu verkaufen.
Nähere Auskunft beim Eigentümer.

Mein Grundstück, Halldorf- und
Gartenstraßen-Ecke hier, bin ich Willens
aus freier Hand zu verkaufen.
A. Tomski, Conditior.

Ein Gasthof oder eine gute Schank-
wirtschaft wird vom 1. Juli oder
Michaeli d. J. von einem zahlungs-
fähigen Manne zu pachten gesucht.

Adressen sub T. T. franko
Zerkow.

Auktion.

Montag den 22. Juni c., 10 Uhr
Vormittags, werden umgesehen auf dem
Vorwerke **Neugedank** zwischen Dornitz
und Dersigto verschiedene Möbel und andere
Gegenstände etc. gegen gleich baare Bezahlung
verkauft.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Die zur R. Supanski'schen Konkurs-Masse ge-
hörigen Waarenbestände, als: wollene Klei-
derstoffe, Alpaca, Tshibets, Kamlots,
Mousseline, Battiste, Cattune, Barege,
Ballroben, Bänder, Sonnen- und Re-
genschirme etc., Gardinen, Teppiche,
Tischdecken, Möbel-Stoffe, sowie auch
Confectionen für Damen, fertige Da-
menanzüge, Zupons, Mäntel, Jacken
u. s. w. werden von heute ab in dem Geschäfts-
lokal, **Neuestraße Nr. 1.**, zu bedeutend herab-
gesetzten Preisen ausverkauft.

C. J. Kleinow,
Verwalter der Masse.

Jos. Radziejewski.

Kommissions-Geschäft,
Posen, Breslauerstr. 18.

Ich beabsichtige mein seit länger
als 30 Jahren hierorts bestehendes,
im besten Gange befindliches Ma-
terialwaaren-Geschäft en gros
et en détail und Schnupftabak-
Fabrik, nebst den dazu gehörigen
Grundstücken zu verkaufen, wozu
eine Anzahlung von 4= bis 5000
Thaler erforderlich. Näheres auf
frankirte Anfrage.

J. Pollack in Rawicz.

Mein am hiesigen Orte am Markte sehr gut
eingerichtetes Colonialwaaren-, Wein-,
Cigarren-Geschäft mit Restauration
nebst 4 komplet möblirten Stuben und einer
Küche bin ich Willens, unter Bedingungen so-
fort zu verkaufen. Der Käufer muß wenigstens
2000 Thaler anzahlen. Nähere Kenntnisse bei
dem Kaufmann **Gostonski**
in Inowracław.

Ein frequentes Cigarren-

Geschäft

ist krankheitshalber unter günstigen Bedin-
gungen sofort zu verkaufen.
Näheres unter Chiffre S. G. 9. poste
restante Bromberg.

Geld! Geld! Geld!

Sum Ankauf guter Hypotheken sind mir be-
deutende Kapitalien überwiesen worden.
Hermann Fromm,
Posen, gr. Ritterstr. 7.

Zu Anlagen von Part- und Gemüsegar-
ten, Spargel-Anlagen, echt engl. Nie-
sen- und alle Arbeiten, die nur durch einen kunst-
geübten Gärtner ausgeführt werden können,
werden Befellungen angenommen und ausge-
führt von
Görlich in Schlesien.
A. Hübner, Landschaftsgärtner.

Bad Königsdorff-Jastrzebm

in Schlesien.

Saison vom 15. Mai bis Ende September.



Die Untersuchungen der Krankheiten, welche vermittelst Spiegel und Be-
leuchtungsapparat erkannt und behandelt werden, als: der Nase, des Gehörs,
des Kehlkopfes, Mastdarms, der Blase und der Generationsorgane finden täglich
von 2—3 Uhr unter Leitung des dirigirenden Arztes statt.
Melbungen zur Aufnahme nimmt entgegen das Bureau der

Maison de santé, Berlin — Neu-Schöneberg.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der
Specialarzt f. Epilepsie Dr. **D. Willisch**,
Berlin, Jägerstr. 75. 76. Auswärt.
brieflich. Schon über Hundert geheilt.

Geschlechtskrankheiten, Haut- u. Nervenkrankheiten (Rückenmarksleiden, epi-
leptische Krämpfe, Schwächezustände, und
Frauenkrankheiten) werden gründlich geheilt
(auch brieflich) durch **Dr. Cronfeld**,
Berlin, Linienstr. 149.

Local-Veränderung.

Mein seit 42 Jahren hier bestehendes
Tuchgeschäft habe ich vom Alten Markt
(Neuestrassen-Ecke) Nr. 70.
nach der schrägüberliegenden Ecke
alten Markt Nr. 68.

verlegt.
Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Neumann Kantorowicz.

Sandische

in Wildleder, Glacé, Zwiß 12., So-
fenträger, Binden, Schlippe, Kravatten,
Herren-Kragen und Manschetten
zu Fabrikpreisen, sowie eine reiche Auswahl von
Parfümerien und Seifen empfiehlt

Robert Schreiber,
Friedrichstr. 12., vis-à-vis d. Brohndeste.

Reise-Plaisirs,
Plaisirs-Riemen,
Reisedecken,
Schlafdecken,
Steppdecken,
Regenröcke.

Kirchen-Teppiche,
Salon-Teppiche,
Sopha-Teppiche,
Bett-Teppiche,
Pult- und Spiegel-Teppiche,
Cocoon-Matten, nach der
Elle und abgepaßt,
Wachs-Fußtapeten, zum Be-
legen ganzer Zimmer,
Läufer-Stoffe,
Fliegengaze,
Rouleaux 12. 12.

empfehle in größter Auswahl
zu den billigsten Preisen

Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt),
Posen, Markt 63.

Preis-Kurant
der Kleiderreinigungs-Anstalt von
A. M. Winter, Wilhelmstr. 26.,
vis-à-vis der Post.
Roch waschen und färbieren 10 Sgr.
Hofe 7 1/2
Weste 5
auf d. Vorzüglichste. Modernisieren, bill. Preisen.

Tapeten,

Fenster-Rouleaux und Gardinen-Stangen in
größter Auswahl am allerbilligsten bei
Gebr. Korach,
Markt 40.

Nagelmesser u. Streichriemen
in bester Qualität empfiehlt
C. Preiss, Breslauerstr. 2.

Gispinde,
Fliegenspinde,
Fliegendeckel,
Einmachkessel,
Spiritus-Kaffeebrenner,
Papinische Bonillontöpfe,
Fleischhackmaschinen,
Wäsche-Bringmaschinen,
Wiener Kaffeeemaschinen,
Eiserne Bettstellen mit und
ohne Spiralmatrassen
empfehle das Magazin für Haus- und
Küchengeräthe von
Moritz Brandt,
Markt 55.

Seegall & Tuch,
Breitestraße 18 b.,
empfehlen ihr Lager feiner- und die-
besitzerer
**Geld- und Dokumenten-
Schränke**
neuester Konstruktion, dauerhaft und
solide gearbeitet, in den modernsten
und elegantesten Möbel-Sagons zu
Fabrikpreisen.

!!! Haus- und Küchen-
Geräthe!!!
eigenes Fabrikat,
zu den billigsten Preisen.
M. Bendix,
7. Wasserstraße 7.

Zur Reisesaison
empfehle Unterzeichneter sein großes Lager von
Koffern, echt engl. und Pariser Damen-
Koffern, Reisetaschen, Damentaschen,
zierlich ausgestattet.
Auch eine große Auswahl gut und sorgfältig
gearbeiteter Geschirre: Herren- u. Damen-
Sättel, Schabracken, Pferde-Decken,
Reittzeuge 12.
Fahr- und Reitpeitschen, Reccafas-
res, Brief- und Cigarrentaschen zu so-
liden Preisen.

M. Glebocki,
Sattlerwaren-Fabrikant,
Wilhelmsplatz 4., neben dem Hôtel du Nord.

Fabrik für Schlosserei, Gasleitung, Kanalisierung
Wasserheizung u. Wasseranlagen aller Art.

H. Schneider,

Posen, Comtoir und Lager: St. Martin, Hohe Gasse 4.

Das
Magazin für Haus- und Küchengeräthe
von
Max Rosenberg,

Markt und Schloßstraße Nr. 83.

empfehle sich einem geehrten Publikum mit seinem best-
affortierten Lager in

**Alfenide-, Messing-, Zinn-,
Kupfer-, Draht-, Borst-, Korb- und
Holzwaren,**

sowie alle in dieses Fach einschlagenden Artikel zu den so-
ldesten und billigsten Preisen.

**Komplette Wirthschafts-Einrichtungen, mit den prak-
tischsten Novitäten ausgestattet, sind in jedem beliebigen
Maasstabe zur Ansicht des geehrten Publikums in meinem
Geschäftslokale zusammengestellt.**

GUARANA Ein vorzügliches Mittel gegen Migraine, Kopfschmerz
und Gesichtsschmerz
von **Crimault & Co.,** Apotheker in Paris.
Die wohlthätigen Erfolge dieser aus Brasilien stammenden Substanz sind meistens so
sicher, daß man sie dem Publikum vertrauensvoll zum Gebrauche empfehlen kann. In den meisten
Fällen genügt ein einziger Versuch, um sich von der Wirksamkeit dieses Mittels zu überzeugen,
und ist dasselbe auch in der in diesem Jahre von der französischen Regierung veröffentlichten
Pharmacopoe aufgenommen worden.
Niederlage in Posen bei **Elmer, Dr. Hankiewicz,** Apotheker.

Von ausgezeichnetem Erfolge:
Motten- Schwaben- Wanzen-
Papier mit Gebr.-Anw. a Blatt
1 Sgr. a Bogen 6 Sgr.
Spiritus, a Flasche 2 1/2 Sgr.
Pulver mit Gebr.-Anw.,
a Päckchen 2 1/2 Sgr.
Tinktur mit Gebr.-Anw.,
a Flasche 2 1/2 Sgr.
Antiferid, bestes Mittel zur Entfernung von Rost- und Tintenflecken aus Wäsche 12.
a Päckchen mit Gebrauchsanweisung 2 1/2 Sgr.

Vorräthig in **Elsner's** Apotheke.
Sämtliche Gattungen von Maschinen-
Niemer, einfach und doppelt, sowie
Sättel, Geschirre, Decken 12. empfiehlt
J. Jasinski, Sattlermeister,
Breslauerstr. Nr. 20.

Gischränke
und Gististen
von anerkannt bester und verschiedenartiger
Konstruktion, habe ich bei Herrn
C. G. H. Peters in Berlin, Fried-
richstr. 207., zw. Koch- u. Zimmerstr.,
billig zum Verkauf stehen. Musterkarten und
Preislisten erfolgen franco.
Reichert, Berlin, Hagelsbergerstr. 6.

Zur Beachtung!
Sein Radikalmittel gegen Lungen-
und Bandwürmer (Schafen), sowie
gegen das Rothvieh der Kühe em-
pfehle der Apotheker **L. Hemmer-
ling** in Pudelwitz.
Franko-Bestellungen nimmt der
Kaufmann **H. Strozynski** in
Posen, Wasserstraße Nr. 1. und
die Apotheke in Pudelwitz ent-
gegen.

Frische Mineralbrunnen:
Adelheidsquelle, Bilm, Karlsbad Mühl, Schloß
und Sprudel, Cudowa, Eger Franz und Salz,
Ems Kessel und Kränchen, Gießhübel, Hom-
burg, Krankenheil, Iwonicz, Kissingen, Ra-
tozyc, Lippspring, Marienbad Kreuz, Pyrmont,
Salzbrunn, Schwalbach, Selters, Sodan,
Spaa, Weilbach, Wildungen, Wich, Bitter-
wässer von Friedrichshall, Wallna u. Seidisch,
sowie Badefalze aus Kreuznach, Roßeln, Rehme,
Colberg; Seefalze empfiehlt

J. Jagielski, Apotheker.
Anerkennungsschreiben.
In Folge einer bedeutenden Erkrankung zog ich
mit ein heftiges Fieber in beiden Beinen zu und
war der Schmerz so bedeutend, daß ich
keine Arbeit verrichten konnte. Mein Schwager
Graf rief mir hierauf die **Gesundheits-
Seife des Herrn J. Jasinski** in Bres-
lau, Karlsplatz 6., in Anwendung zu brin-
gen, da ihn selbige von seinem Fieber befreite.
Zu meiner Freude wurde ich nach Verbrauch
von 5 Flaschen **Gesundheits-Seife** von
meinen Schmerzen vollständig befreit, was ich
ähnlich Leidenden zur Kenntniß bringe.
Dittersdorf bei Neumarkt, den 1. April 1868.
Carl Birke.

J. Jasinski's **Gesundheits- und
Universal-Seifen** sind zu haben in Posen
bei **A. Wuttke,** Wasserstr. 8.; in Kempten
bei **H. Schelens;** in Krotoschin bei
H. Lewy; in Ostrowo bei **Pile;** in
Pleschen bei **G. Fritze;** in Rawicz
bei **J. F. Frank.**

Frankfurter Lotterie.
Schon am 17. Juni beginnt die Gewinn-
ziehung 1. Klasse. Originalloose à 3 Thlr. 13
Sgr., halbe à 1 Thlr. 22 Sgr., Viertellose à
26 Sgr. — Pläne, Gewinnlisten gratis — sind
direkt zu beziehen bei
Moriz Stiebel Söhne,
Hauptkollektoren in Frankfurt a. M.
Pr. Loofe 1/2 bis 1/32 vers. **S. Busch,**
Berlin, Gertraudenstr. Nr. 4.

Mailänder 10 Francs (= 2 Thlr. 20 Sgr.)

Prämien = Scheine.

Ziehung viermal jährlich, zunächst

am 16. dieses Monats.

Hauptgewinne:

100,000, 50,000, 30,000 bis 500 Francs abwärts.

Original-Obligationen, welche stets ihren Werth behalten und wieder ver-
käuflich sind, besorgt billigt

S. Luthauer,

Fonds-Makler, Posen, Graben Nr. 4.

Auswärtige Aufträge werden prompt effectuirt.

Norddeutscher Lloyd.

Regelmäßige Postdampfschiffahrt

Bremen und New York,

Southampton anlaufend.



Von Bremen: Von New York: Von Bremen: Von New York:
D. Deutschland 13. Juni 9. Juli. D. Bremen 27. Juni 23. Juli.
D. Gansa 20. 16. D. Amerika 4. Juli 30.
ferner von Bremen jeden Sonnabend, von Southampton jeden Dienstag,
von New York jeden Donnerstag.

Passagepreise: Bis auf Weiteres: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler,
Zwischendeck 50 Thaler Courant incl. Verpflegung. Kinder unter 10 Jahren auf allen
Plätzen die Hälfte, Säuglinge 3 Thaler.
Fracht Pfd. St. 2. mit 15% Primage pr. 40 Kubikfuß Bremer Maas. Ordinaire Güter nach
Uebereinkunft.

Bremen und Baltimore,

Southampton anlaufend.

Von Bremen: Von Baltimore: Von Bremen: Von Baltimore:
D. Baltimore 1. Juli. 1. August. D. Baltimore 1. Sept. 1. Oktober.
D. Berlin 1. August. 1. September.

ferner von Bremen und Baltimore jeden Ersten, von Southampton jeden
Vierten des Monats.

Passagepreise bis auf Weiteres: Kajüte 120 Thaler, Zwischendeck 50 Thaler, Kinder
unter 10 Jahren auf allen Plätzen die Hälfte, Säuglinge 3 Thaler.
Fracht bis auf Weiteres: Pfd. St. 2. mit 15% Primage pr. 40 Kubikfuß Bremer Maas.
Nähere Auskunft ertheilen sämtliche Passagier-Expeditoren in Bremen und deren in-
ländische Agenten, sowie

die Direction des Norddeutschen Lloyd.

Crüsemann, Director. H. Peters, Procurant.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft.

Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen

Hamburg und New-York

Southampton anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe

Gimbria, Mittwoch, 17. Juni, Germania, Mittwoch, 8. Juli
Saxonia, 24. Juni, Allemania, 15. Juli
Borussia, Sonnabend, 27. Juni, Gotschia, 22. Juli
Hammonia, Mittwoch, 1. Juli, Westphalia (im Bau).

Die mit * bezeichneten Schiffe laufen Southampton nicht an.
Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Crt. Thlr. 165, zweite Kajüte Pr. Crt. Thlr. 100,
Zwischendeck Pr. Crt. Thlr. 50.

Fracht Pfd. St. 2. — pro 40 Hamb. Kubikfuß mit 15% Primage, für ordinaire Güter
nach Uebereinkunft.

Briefporto von und nach den Verein. Staaten 4 Sgr. Briefe zu bezeichnen „per Ham-
burger Dampfschiff“.

und zwischen Hamburg und New-Orleans,
auf der Ausreise Havre und Havanna, auf der Rückreise Havanna und Southamp-
ton anlaufend.

Saxonia, Donnerstag, 1. Oktober, Saxonia, Donnerstag, 31. Dezember,
Bavaria, Sonntag, 1. November, Bavaria, Montag, 1. Februar 1869,
Teutonia, Dienstag, 1. December, Teutonia, Montag, 1. März.

Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Crt. Thlr. 200, zweite Kajüte Pr. Crt. Thlr. 150,
Zwischendeck Pr. Crt. Thlr. 55.

Fracht Pfd. St. 2. 10. per ton von 40 Hamb. Kubikfuß mit 15% Primage.
Näheres bei dem Schiffsmakler

August Bollen, Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg,
so wie bei dem für Preußen zur Schließung der Verträge für vorstehende Schiffe allein ton-
cessionirten Generalagenten

H. C. Plazmann in Berlin, Louisenplatz 7. und Louisenstraße 1.,
und dessen Spezialagenten

Fabian Charig, in Firma Nathan Charig in Posen, Markt 90.

Haushälter gesucht!

Für meine zwei Knaben von 10 und 6 Jahren
suche ich zum 1. Juli d. J. einen wissenschaftlich
gebildeten Hauslehrer, welcher auch tüchtiges
hebraisches Wissen besitzt. Salair bewillige ich
200 Thaler bei freier Station. Zeugnisse und
Referenzen wird entgegen gesehen.
Strzalskwo, im Juni 1868.
Isaac Grünberg.

Guts-Inspector-Gesuch.

Zur selbstständigen Bewirthschaftung
eines vom Besitzer nicht bewohnten Ritter-
gutes von 1200 Mg. kann ein erfahrener,
zuverlässiger Oekonom annehmbarer und
dauernde Anstellung erhalten durch das
landwirthschaftliche Bureau von **Joh.
Aug. Goelich** in Berlin, Rosen-
thalerstraße 2.

Buchhandlungs-Reisende,

die die preussischen Provinzen besuchen, so wie
geeignete Persönlichkeiten in Provinzial-
städten, die eine Subscriptionsliste zirkuliren
lassen wollen, mögen mir, behufs des Vertrie-
bes eines patriotischen Kunftblattes, das selbst
in den kleinsten Orten zahlreiche Abnehmer
findet, ihre Adressen einsenden. (Hoher Ra-
batt.)

Siegfried Cronbach,

Buchhandlung, Berlin, Unter den Linden 60.

Ein Kommiss mit guten Empfehlungen,
mit der doppelten ital. Buchführung vertraut,
wünscht Engagement in jeder beliebigen Branche.
Gef. Adressen sub **E. S. 5.** in d. Exped.
dieser Zeitung.

Ein Uhrmachergehilfe fin-
det dauernde Beschäftigung bei

Wwe. Vollert in Strzelno.

Auf dem Dominium **Wohnitz** bei Althoyen,
findet zum 2. Juli d. J. ein der deutschen und
polnischen Sprache mächtiger, tüchtiger Hof-
beamte, bei einem Gehalte von 80—100 Thlr.,
Unterkommen.

Eine Wirthin,
die gut zu kochen versteht wird gesucht **Dom-
Jankowice.** Nur persönliche Vorstellung
berücksichtigt.

Ein mit dem Polizei-, Rechnungs- und
Kassenfache vertrauter junger Mann sucht
als Bureaugehilfe oder ein feinen Kennt-
nissen entprech. Unterkommen vom 1. Juli
c. ab. Gef. Offerten werden fr. L. M. 100.
poste rest. Gostyn entgegen genommen.

